

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM,
ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 19/15. Jahrgang

22. September 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

24 Tote in Abschiebehaft!

Dokumentiert: 24 Nigerianer starben seit 1991 in BRD-Abschiebehaft

Die nigerianische Regierung hat in einer offiziellen Protestnote an die Bundesregierung Aufklärung über den Tod von 24 Nigerianern gefordert, die 1991 bis 1994 in deutschem Abschiebebegewahrsam unter mysteriösen Umständen ums Leben kamen. Wir dokumentieren (leicht gekürzt) einen Bericht der französischen Nachrichtenagentur AFP vom 16. September.

Nigeria hat von der Bundesregierung Aufklärung über den Tod von 24 nigerianischen Staatsbürgern gefordert, die in Deutschland in der Abschiebehaft ums Leben gekommen sein sollen. Wie das Auswärtige Amt am Freitag in Bonn bestätigte, übermittelte die nigerianische Botschaft bereits am 9. September eine entsprechende Note mit einer Liste von 23 Namen. Die nigerianische Botschaft teilte mit, am Freitag sei ein weiterer Fall bekannt geworden. Der nigerianische Botschafter in Bonn, Ankinjide Osuntokun, sagte der Nachrichtenagentur AFP, seine Regierung sei „sehr mißtrauisch“, was die von den deutschen Behörden angegebenen Todesursachen betreffe. Der nigerianische Außenminister Anthony Ani übermittelte dem deutschen Botschafter in Abuja, Jürgen Kleiner, bereits am Donnerstag die Besorgnis seiner Regierung über die Todesfälle, wie im Außenministerium in Abuja zu erfahren war.

Nach Angaben der Botschaft handelt es sich um 24 nigerianische Staatsbür-

ger, die zwischen 1991 und 1994 überwiegend im Abschiebebegewahrsam deutscher Behörden ums Leben gekommen seien. Bei den Opfern habe es sich vorwiegend um Asylbewerber gehandelt, aber auch um mit Deutschen verheiratete Nigerianer. Der Botschaft sei dabei von den örtlichen Behörden als Todesursache stets Selbstmord, Depression oder Ertrinken angegeben worden, in anderen Fällen habe es überhaupt keine Information über die Todesursache gegeben.



Foto: af/mz

Botschafter Osuntokun sagte, nach dem Tod eines 30-jährigen Nigerianers am 30. August durch eine Betäubungsspritze bei der Abschiebung auf dem Frankfurter Flughafen sei seine Regierung „mißtrauisch“ geworden. „Wenn dieser Fall nicht öffentlich geworden wäre, hätten wir womöglich wieder nichts davon erfahren“, sagte er. Auch unter dem Eindruck der jüngsten Enthüllungen über die Mißhandlung von Ausländern durch Polizisten in Hamburg und anderswo fordere seine Regierung nun eine vollständige Aufklärung der Todesumstände ihrer Staatsbürger. „Wir wollen unseren Verdacht aufgeklärt wissen, daß unsere Landsleute unter mysteriösen Umständen von Leuten getötet wurden, die sie nicht als Menschen betrachteten“, sagte der Botschafter (...)

Auf der seit Freitag 24 Namen umfassenden Liste der Botschaft wird die Todesursache in 15 Fällen als nicht bekannt aufgeführt. In weiteren Fällen wird als Todesursache Gehirnblutung, Epilepsie, Selbstmord im Gefängnis oder Ertrinken angegeben.

Die Todesfälle ereigneten sich in Georgsmarienhütte, Konstanz, Friedberg, Augsburg, Nettetal, Karlsruhe, München, Aurich, Bielefeld, Brunsbüttel, Münsingen, Wildeck, Bremen, Osnabrück, Regensburg, Lübeck, Lampertheim, Nürnberg, Mannheim, Erlangen, Würzburg, Paderborn, Frankfurt/Main und Aachen.

KURDENVERFOLGUNG

Was folgt auf die Aufhebung der Verbote?

Die Abgeordnete Ulla Jelpke (PDS/LL) hat im Bundestag am 8.9. die folgende Anfrage eingereicht:

Durch Verbotungsverfügung des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom November 1993 hatte die Bundesregierung unzähligen kurdischen Vereinen und Organisationen jegliche Tätigkeit in der BRD untersagt. (...) Mit Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts vom 6. Juli 1994 wurde der sofortige Vollzug von erheblichen Teilen der Verfügung aufgehoben. Mehr als zwanzig regionale kurdische Organisationen können nunmehr endlich ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Haben die kurdischen Organisationen und Vereine, gegen die der sofortige Vollzug der Verbotungsverfügung aufgehoben wurde, die beschlagnahmten Gegenstände und Unterlagen bereits zurückerhalten? Wenn nein, wann wird dies geschehen?
2. Wird die Bundesregierung für den durch den widerrechtlichen sofortigen Vollzug der Verbotungsverfügung verursachten materiellen Schaden in vollem Umfang aufkommen? Wenn ja, wird die Bundesregierung von sich aus diese Wiedergutmachung veranlassen? Wenn nein, warum nicht?
3. Wird die Bundesregierung den nichtmateriellen Schaden, wie Ansehensverlust der kurdischen Bürgerinnen und Bürger, oder die allgemeine Diskreditierung der kurdischen Vereinsarbeit wiedergutmachen? Wenn ja, wie wird dies geschehen? Wenn nein, warum nicht?
4. Wieviele juristische Verfahren hat es im direkten oder indirekten Zusammenhang mit der Verbotungsverfügung des Bundesministeriums des Innern bislang gegeben und in wievielen Fällen ist es bereits zu Verurteilungen gekommen?
5. Wieviele juristische Verfahren, die im direkten oder indirekten Zusammenhang mit der Verbotungsverfügung stehen, entbehren nach dem Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts nunmehr ihrer Grundlage und wurden diese Verfahren bereits alle eingestellt?
6. Wird eine Amnestie für die Betroffenen aus diesen Verfahren in Erwägung gezogen, und wenn nein, warum nicht?

**„Halim Dener —
3. Internationales
Kurdistan-Festival“:
24. 9. in Landgraaf bei
Maastricht (Niederlande)**

Sonderversicherung für Ausländer?

In der Rentenversicherung soll eine Sonderkasse für Ausländer entstehen

Der Plan existiert schon länger: Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (kurz: BfA), zuständig für die Rentenversicherung von Lohnabhängigen mit Angestelltenstatus, soll aufgelöst werden. Die Aufgaben sollen von den Landesversicherungsanstalten, die bisher für die Rentenversicherung von Beschäftigten mit Arbeiterstatus zuständig waren, übernommen werden. Wir hatten schon vor zwei oder drei Jahren, als die Arbeits- und Sozialminister der Bundesländer erstmals über die Umorganisation berieten, davor gewarnt, daß mit der Verwaltungsänderung ausländerfeindliche Absichten verbunden sind: Die BfA soll nämlich nicht ganz aufgelöst werden, sondern künftig die Rentenversicherung für alle Arbeitnehmer ohne deutsche Staatsangehörigkeit sowie für alle deutschen Staatsangehörigen, die „Auslandsberührung“ haben, übernehmen. Damit wäre zunächst einmal der

Form nach eine Sonderversicherung für ausländische Beschäftigte geschaffen; eine inhaltliche Füllung dieser Form dann nicht mehr auszuschließen. Bereits jetzt gibt es diskriminierende Regelungen bei der Auszahlung von Renten, falls ausländische Arbeitnehmer in ihre Heimatländer zurückkehren, bei der Anrechnung von Arbeitszeiten außerhalb der BRD usw. Eine direkte Ungleichbehandlung von Rentnern in gleicher Lage bloß aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit findet bislang allerdings nicht statt und wäre eine offene Verletzung von Recht und Gesetz. Ist aber erst einmal eine Sonderanstalt geschaffen, dann kann die Verwaltung und die Gesetzgebung hierfür auch besondere Regelungen erlassen.

Die Sache eilt. Ab 1998, so steht's in einem Gesetzentwurf, den die Konferenz der zuständigen Länderminister am 9. September 1994 (soweit bekannt einstimmig) beschlossen hat, soll die

Umorganisation in Kraft treten. Eine entsprechende Bundesratsinitiative ist beabsichtigt.

Proteste gibt es bislang von der Versicherungsanstalt BfA, die nicht nur darauf hinweist, daß eine gut funktionierende Verwaltung aufgelöst werden soll, sondern auch auf den „im In- und Ausland entstehenden politischen Schaden“ durch die Schaffung eines Rentenversicherungsträgers für Ausländer. Die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) protestiert ebenfalls und hält diese Absicht für „politisch instinktlos“.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften schweigen bislang, organisationspolitische Interessen — die DGB-Gewerkschaften stellen in den Landesversicherungsanstalten die Mehrheit der Versichertenvertreter, während bei der BfA die DAG die meisten Vertreter hat — scheinen leider im Vordergrund zu stehen. — (alk)

Aufschwung per Export und Ostgeschäft?

Haushaltsdebatte 1995 im Bundestag. SPD versucht sich mit „ökologischer Modernisierung“

Die Debatte im Bundestag um den Etatentwurf der Bundesregierung für den Haushalt 1995 ist in der Presse weitgehend als Wahlkampfgefecht zwischen Regierung und Opposition bewertet worden. Das stimmt nur zum Teil. Die Debatte ergab auch ein Bild von den tatsächlichen Vorhaben der Regierungskoalition und der Opposition.

Hauptziel der Regierung ist eine weitere Stärkung der Finanzkraft der großen Konzerne durch neue Steuersenkungen, verbunden mit weiteren Senkungen der Realeinkommen in den so wieso mittleren und unteren Einkommensbereichen. Ziel dabei ist eine beschleunigte Expansion der BRD-Unternehmen vor allem nach Osten, wo große Einkaufs- und Absatzmärkte erwartet werden. Für diese Steigerung des Ost-Geschäfts werden auch extrem hohe Infrastruktur-Mittel bereitgestellt. Umweltminister Töpfer beschrieb dies so: „Der Export trägt den Anfang des Aufschwungs, flankiert durch staatliche Infrastrukturinvestitionen. Allein in den neuen Bundesländern haben wir 50 Milliarden DM für die Verkehrsinfrastruktur ... eingesetzt ... Exportnachfrage plus Steigerung der staatlichen Infrastrukturinvestitionen, das ist die Basis dafür, daß private Investitionen folgen ...“

Im einzelnen ist für die Kapitalisten vorgesehen die Abschaffung der Gewerbesteuer, die Senkung der Gewerbeertragsteuer und die Abschaffung der Vermögenssteuer, alles zusammen ein Steuersenkungspaket von mehr als 20 Mrd. DM. Zur Finanzierung

wird bereits ab 1.1.95 der — unbefristete — „Solidaritätszuschlag“ von 7,5 % auf die Lohn- und Einkommenssteuer erhoben. Eine Anhebung der Kinderfreibeträge von derzeit ca. 4000 auf 7000 DM im Jahr soll die Kinderfreuden in den höheren Einkommensbereichen anstacheln, der Rechnung von Lafontaine, daß Bezieher hoher Einkommen 200 DM pro Kind mehr erhalten als Bezieher niedriger Einkommen, widersprach kein Regierungs-Redner.

In den unteren Einkommensbereichen soll dafür die materielle Not weiter gesteigert werden. Die Befristung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre ist dafür das Signal. Da auch CDU-Ministerpräsidenten dem Plan widersprechen, deutete Waigel in der Debatte an, evtl. die Befristung der Arbeitslosenhilfe je nach Dauer der Beitragszahlung zu variieren. Die Folge wäre, daß ältere Arbeitslose etwas länger Arbeitslosenhilfe beziehen, während der Druck auf junge noch härter würde. Weitere Eingriffe in der Arbeitslosenversicherung werden folgen, was man schon daran sehen kann, daß Waigel den Bundeszuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit bis 1998 auf 0 DM senken will (1993: 18 Mrd. DM Zuschuß).

Die Verarmungsstrategie ist freilich selektiv und gezielt. Unions- und FDP-Sprecher legten großen Wert auf die Anhebung der Renten im Osten, womit man sich dort Stimmen erwartet. Die Befreiung des „Existenzminimums“ von der Lohn- und Einkommenssteuer, vom Bundesverfassungsgericht gefordert, soll nach den Plänen der Regierung erst 1996 erfolgen. Wie hoch dieses

lohnsteuerfreie „Minimum“ liegt, sagt die Regierung noch nicht (die SPD spricht von 13000 DM im Jahr pro erwachsene Person).

Dieser zielstrebig betriebenen „Deregulierungs-“ und Verarmungsstrategie vor allem gegen Lohnabhängige in den unteren und mittleren Einkommensbereichen will die SPD mit einem Programm der „ökologischen Modernisierung“ entgegentreten. „Wir wollen bes-

sere Rahmenbedingungen für Investitionen und technischen Fortschritt, bessere Abschreibungsbedingungen, Investitionszulagen und eine ökologische Steuerreform. Wir wollen damit Voraussetzungen dafür schaffen, daß es in Deutschland zu einem neuen technologischen Schub kommt. Wir wollen die Brücke ins Solarzeitalter bauen. Wir wollen Drei-Liter-Autos auf unseren Straßen.“ So Oskar Lafontaine. Schröder ergänzte aus Niedersachsen, daß gerade die Niederlagen deutscher Konzerne z.B. bei Bahnaufträgen im Ausland (TGV) und Elektrogeschäften im Nahen Osten (wo US-Konzerne Siemens das Geschäft wegschnappten) bewiesen, daß die BRD-Konzerne starke Staatshilfe auf ihrer Seite bräuchten. Sodann solle die Regierung durch Abwrackprämien die Autokonjunktur verbessern: „Warum gehen wir nicht her und belohnen diejenigen, die zur Stabilisierung der Binnenkonjunktur auf diesem so wichtigen Markt ein zehn Jahre altes Auto abstoßen und ein neues, mit Katalysator ausgestattetes kaufen?“ Mit einer Prämie von ca. 1000 DM je Alt-Auto, die unlängst auch VW-Chef Piech erbeten hatte, könne die Regierung eine Zusatz-Nachfrage von 400000 Autos im Jahr auslösen.

Ob ein solches Programm, verbunden mit der Anhebung des Kindergelds, einem Sonderprogramm für 200000 Sozialwohnungen und der Ersetzung des „Solidaritätszuschlags“ durch die Ergänzungsabgabe, gegen das „Aufschwung“-Gebrüll der Koalition genügend Stimmen mobilisieren wird, wird man sehen. — (rül)



AKTUELL IN BONN

Sozialhilfe: 1 Mio. Arbeitspflichtige?

CDU, CSU und FDP drohen, im Fall ihres Wahlsiegs am 16. Oktober den „Umbau des Sozialstaats konsequent fortzusetzen“. Während die Regierung sinnvolle Ausgaben beispielsweise im Sozialen Wohnungsbau kürzte und damit Arbeitsplätze zerstörte, sollen Menschen ohne Arbeit, die Sozialhilfe erhalten, zu Arbeiten wie Laubfegen und Schneeschippen herangezogen werden. Genau das zerstört noch mehr Arbeitsplätze. Laut Deutschen Städtetag könnte einer Million Sozialhilfe empfangender Menschen „gemeinnützige Arbeit zugemutet“ werden. Bei solchen Dimensionen geht es längst darum, einigermassen „normal“ bezahlte Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst durch Arbeitspflicht-Arbeitsplätze zu ersetzen und mit den hier bezahlten Löhnen von zwei bis drei Mark die Stunde die geltenden Tarifverträge noch weiter zu unterhöhlen.

Öko-Steuern

Unter dem Titel „Umsteuern in der Krise“ fordern der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und 16 Unternehmen, darunter die AEG Hausgeräte AG und der Otto Versand, zu einer „einkommensneutralen Steuerreform“ auf. Beispielsweise sollen die Energiepreise erhöht werden und die Steuermehreinnahmen an die Unternehmen „zurückfließen“, indem die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung gesenkt werden. Exakt so ordnen sich scheinbar ökologische Ziele ein in eine Beschleunigung des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben. Diese

Art Ökosteuern würden in erster Linie von den Verbrauchern bezahlt (bereits jetzt ist von Ausnahmen im Fall „besonders energieintensiver Branchen“ die Rede). Der Staat wird die Mehreinnahmen benutzen, um die Lächer im Haushalt zu stopfen bzw. den Transrapid zu bauen. Die Unternehmen werden ihre Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung senken, womit letztere weiter ausgehöhlt und neue „Einschnitte“ vorprogrammiert wären.

Gegen Verbrechen Gesetz

Datenschutzbeauftragte von fünf SPD-geführten Ländern sowie aus Berlin haben den „Kompromiß“ zwischen SPD und Regierung über das sog. „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ kritisiert. Insbesondere kritisieren sie die erweiterten Befugnisse des BND, der nunmehr seine nachrichtendienstlichen „Erkenntnisse“ auch an die Polizei weiterleiten darf. Die seit Auflösung der Gestapo bestehende Trennung von Polizei und Geheimdiensten ist in dem jetzt vereinbarten „Kompromiß“ abgeschafft.

SPD-Managerkreis für Sozialabbau

Der Managerkreis der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hat weitreichende Änderungen in den Sozialversicherungen verlangt. In der Rentenversicherung wünschen die Manager die Bildung eines „Kapitalstocks“, d.h. weniger Rentenauszahlung, als an Versicherungsbeiträgen und öffentlichen Zuschüssen eingeht, sowie die Einfrierung der Beitragsbemessungsgrenze. Das käme im Ergebnis einer Begrenzung der Renten nach oben und einem stärkeren

Anreiz für private Lebensversicherungen gleich. In der Krankenversicherung sollten die von der Versicherung gezahlten Leistungen weiter eingeschränkt werden. Dem „Managerkreis“ gehören ca. 300 bis 400 Manager an, darunter Edward Reuter von Daimler-Benz, Friedel Neuber von der WestLB, Dr. Simmert von Provinzial-Versicherungen.

NATO-Übung in Polen

Insgesamt 620 Soldaten von 13 Staaten „üben“ seit dem 12. September auf dem polnischen Truppenübungsplatz Biedrusko. Die militärische Leitung der Übung liegt bei der NATO, beteiligt sind außer polnischen Soldaten u.a. Soldaten der Bundeswehr, der USA, Polens, Rumäniens und Litauens. Die Zeitung *Handelsblatt* verweist bei ihrem Bericht über die Übung auf den wenige Tage vorher abgeschlossenen Abzug der letzten russischen Truppen aus der BRD. Diese rücken ab, die NATO rückt nach Osten. Und da behauptet das Blatt noch: „In Brüssel achtet man sehr genau darauf, keinen falschen Schritt gegenüber Moskau zu machen“!

Kfz-Gewerbe gegen Altauto-Prämie

Der Präsident des Zentralverbands des deutschen Kfz-Gewerbes, Enning, hat staatliche Verschrottungsprämien für Alt-Autos (wie sie u.a. VW-Chef Piech und Niedersachsens Ministerpräsident Schröder vorgeschlagen haben) abgelehnt. Sie seien „nicht finanzierbar“ und auch kein Weg zu marktwirtschaftlichen Lösungen. Stattdessen wünscht der Verbandspräsident Steueranreize für Fahrzeuge, die „bereits den 96er Umweltstandards entsprechen“. Der

Unterschied: Die Alt-Auto-Prämie würde zumeist Beziehern niedriger Einkommen, die vielfach ein schon viele Jahre altes Auto fahren, zufließen, die Steuerprämie für Neufahrzeuge dagegen auch jenen Kreisen, die sich alle zwei Jahre das neueste Modell zulegen können.

Waigel und das Geld-Zählen

Daß Finanzminister Waigel ein Experte für ständig geänderte Steuerschätzungen — je nachdem, ob Wahlen anstehen oder nicht — ist, hat sich inzwischen herumgesprochen. Neuester Coup: Noch am 6./7. September beriet der Bundestag über Waigels Haushalt 1995 und die damit verbundene mittelfristige Finanzplanung bis 1998. Einen Tag darauf langte es dem Finanzausschuß des Bundsrats: Da Waigels Zahlen offensichtlich geschönt waren, forderte er den Minister auf, bis 14. Oktober neue Zahlen vorzulegen. Zwei Tage später meldete das Finanzministerium: Das Defizit der öffentlichen Haushalte werde 1995 bis 1998 um 16 Mrd. DM höher ausfallen, als bisher „vermutet“.

Was kommt demnächst?

Am 23.9. berät der Bundesrat über die letzten Gesetzentwürfe des Bundestags in dieser Legislaturperiode, u.a. das „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ und die BAFöG-Novelle. Am gleichen Tag beginnt in Frankfurt/Oder ein zweitägiger EU-Ministerrat zum Binnenmarkt. Am 26.9. sind Landtagswahlen in Bayern. Am 14.10. berät der Finanzplanungsrat von Bund und Ländern über die Steuereinnahmen. Am 16. Oktober sind Bundestagswahlen.

Europäische Unionierung auf Meuten-Art

Zur Diskussion um das Strategiepapier der CDU/CSU-Fraktion zur Europapolitik

Am 1. September, gerade rechtzeitig zum Abzug der alliierten Truppen, veröffentlichte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Strategiepapier mit „Überlegungen zur europäischen Politik“.

Unterteilt in „Die Lage“, „Deutschlands Interessen“ und „Was ist zu tun?“ werden darin Ziele neuer deutscher Großmachtpolitik formuliert und die Bildung eines „Kerneuropas“ mit Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten als Kern und Deutschland und Frankreich als „Kern des festen Kerns“ gefordert.

Frankreich in die deutsche Großmachtpolitik einbinden

Nach dem CDU/CSU-Papier steht die EU vor der Bewährungsprobe der „... Einbeziehung (ost-)mitteleuropäischer Staaten in die Union. ... Die Antwort der Union wird über die Fähigkeit und ihren Willen aussagen, der — neben einem wieder stabilisierten, demokratisierten Rußland und im Bündnis mit den USA — maßgebliche Ordnungsfaktor des Kontinents zu sein.“ Die neudeutschen kontinentalen Neuordnungsbestrebungen in und mit der EU treffen also auf Rußland als Gegenpol. Angesichts dieser Aufgaben konstatiert die CDU/CSU aber „... sehr starke Inanspruchnahme und Schwächen nationaler Regierungen und Parlamente ...“ und „... regressiven Nationalismus in (fast) allen Mitgliedsländern“ als „Folge einer tiefen Verängstigung — hervorgerufen durch die problematischen Ergebnisse des Zivilisationsprozesses und durch äußere Bedrohung wie der Migration ...“.

Quasi herumliegende kontinentale Ordnungsaufgaben, Schwäche und Verfall in (fast) allen europäischen Staaten wegen „umfassender Zivilisationskrisen“ und der Ruf nach dem „Willen“ zu Führung und Ordnungsmacht — das ist zunächst einmal die zutiefst reaktionäre lebensphilosophische Einstimmung der CDU/CSU auf die kommenden Aufgaben.

Welche Aufgaben sollen da kommen? Hier ist die CDU/CSU in den Details vage, aber in der Richtung eindeutig: „Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes muß eine stabile Ordnung auch für

den östlichen Teil des Kontinents gefunden werden.“ Das kontinentale Scharnier aller „Ordnung“ in Europa aber ist Deutschland. Aus dieser Grundposition begründet die CDU/CSU-Fraktion den „Willen“ zur Ordnungsmacht in — gegenüber den anderen Mitgliedstaaten — infamer Form: Wenn deutsche Interessen nicht in einer EU-Konstruktion aufgehoben würden, dann ...: „Ohne eine solche Weiterentwicklung der (west-)europäischen Integration könnte Deutschland aufgefördert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen.“ Die „traditionellen“ deutschen Neuordnungen im Osten haben der Welt zweimal Millionen von Toten und Jahre der Unterdrückung und kriegerischen Verwüstung gebracht. Was hat die CDU/CSU-Fraktion daraus gelernt? „Die Versuche, diese Lage im Zentrum aller europäischen Konflikte durch die Errichtung einer Hegemonie zu überwinden, scheiterten. Die militärische, politische und moralische Katastrophe 1945 als Folge des letzten dieser Versuche ließ Deutschland nicht nur erkennen, daß seine Kräfte hierzu nicht ausreichen ...“ An anderer Stelle heißt es ergänzend, der Versuch, die Stabilisierung Europas „allein und in traditioneller Weise zu bewerkstelligen ...“ würde „... seine Kräfte bei weitem überfordern.“ Das ist also die historische Lehre aus dem Faschismus: Nie wieder die eigenen Kräfte „überfordern“, diesmal soll Frankreich dabei sein: „Daher darf es keine wesentlichen außen- und europapolitischen Aktionen ohne vorangehende deutsch-französische Abstimmung geben. (...) Den Kern des festen Kerns bilden Deutschland und Frankreich.“

Aber nicht nur, um den Rücken im Westen für den Vormarsch im Osten frei zu halten, heißt der „Kern vom festen Kern“ Deutschland/Frankreich. Neben der „Stabilisierung des Ostens“ werden weitere strategische Ziele genannt:

- „Gemeinsame Politik im Mittelmeerraum, an dessen Stabilität nicht nur die Anrainer, sondern auch Deutschland ein grundlegendes Interesse hat.
- Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit der Türkei.“

Konfrontation statt Konsens in der EU

In der bisherigen Kritik an dem CDU/CSU-Papier standen weniger die politischen Ziele als vielmehr die Ablehnung eines Europa der „unterschiedlichen Geschwindigkeiten“, der „variablen Geometrie“ (CDU/CSU) im Vordergrund. Das konstatiert auch der Pressedienst der CDU/CSU am 5.9.94 und kontiert: „Der Sache nach hat sich dieses Kerneuropa längst entwickelt.“ Zur Bestätigung wird Kinkel vom 24. August 94 zitiert, der sich diesmal als verbaler Schlachtschiffkommandant betätigt: „Die Frage für die Regierungskonferenz 1996 (der EU, d. Verf.) ist: Soll sich der Geleitzug auch künftig nach dem langsamsten Schiff richten? Oder sollen die, die schneller voran wollen, das auch tun? Unser Ziel ist ein möglichst starkes Kerneuropa, aber unsere Präferenz bleibt eindeutig, alle zwölf — oder ab 1995 — hoffentlich alle 16 mit an Bord zu haben.“

Die hierarchische Abstufung zwischen den führenden Schlachtschiffen, den abgehängten Beiboten und den Ländern, die schließlich zu Kinkel und Kohl an Bord kriechen dürfen, ist eindeutig.

Die für sich genommen schon exekutivstaatlich organisierte Europäische Union (EU) — mit Regierungen und deren Beauftragten als handelnde Subjekte — wurde mit den Maastrichter Verträgen in drei wesentlichen staatlichen Aufgabengebieten von der Bindung des Regierungshandelns einzelner Länder an die Gesamtheit der in der EU zusammengeschlossenen Staaten entkoppelt: — in der Frage der Wirtschafts- und Währungsunion — kurz gesagt wird die WWU von denjenigen Staaten gebildet, die bestimmte „Konvergenzkriterien“ erfüllen, wobei zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht klar ist, wer dies sein wird;

— in der Frage der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP),

— in der „Innen- und Rechtspolitik“.

Damit wurden zwischenstaatliche Vereinbarungen wie das Schengener Abkommen oder Einrichtungen wie Europol von den Aufgaben der formellen Institutionen der EU ferngehalten. Bei der Wirtschafts- und Währungsunion bestimmte die Kapitalmacht den

Fortgang der Unionierung. Bei der Außen-, Sicherheits-, Innen- und Rechtspolitik handelt es sich um „intergouvernementale“ Betätigungsfelder, wie bereits das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zu den Maastrichter Verträgen festgestellt hat: „Außerhalb der Europäischen Gemeinschaft bleibt die Zusammenarbeit intergouvernemental; dies gilt insbesondere für die Außen- und Sicherheitspolitik sowie für die Bereiche Justiz und Inneres.“ (Urteil des BVerfG vom 12. 10. 93).

Die Verträge von Maastricht haben also nicht nur in wesentlichen Fragen das Einstimmigkeitsprinzip durch das Mehrheitsprinzip ersetzt, sie haben vielmehr eine vertragliche Grundlage für das „Meutenprinzip“ geschaffen, nämlich dafür, daß sich einzelne Staaten berufen fühlen, ohne irgendeine Pflicht zur Konsenssuche mit den anderen EU-Staaten im Namen angeblicher „gemeinsamer Interessen“ der EU auf eigene Faust zu handeln.

Auf diese Tatsache bezieht sich ausdrücklich das CDU/CSU-Papier. Unter positiver Hervorhebung des Schengener Abkommens werden strategische Ziele Deutschlands („Stabilisierung des Ostens“, Stabilisierung des Mittelmeerraumes, „strategische Partnerschaft“ mit der Türkei) zu „vorrangigen Feldern“ der europäischen „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ erklärt. Mit dem Meuten- und „Geleitzug“-Prinzip wird gleichzeitig der innenpolitische Druck nach Rechts in allen Mitgliedsstaaten drastisch erhöht. Über den Druck zum „Mitmachen“ bei faktischer Ausschaltung der Institutionen der EU vermitteln sich so die imperialistischen Interessen der europäischen Führungsmächte auch noch als innenpolitische Forderung in den einzelnen Ländern an die Regierungen.

Der Vorstoß der CDU/CSU zielt u.a. auf die EU-Regierungskonferenz 1996. Sie kann sich auch deshalb ihrer Position relativ sicher sein, weil die Kerneuropastrategie nicht gegen die EU-Verträge verstößt, sondern durch diese gedeckt ist. Auf dieser Grundlage fordert sie die Beschleunigung einer Politik der „hegemonialen Unionierung“. Das ist ein weiterer Grund, im Vorfeld dieser Konferenz die Auseinandersetzung um eine Überprüfung und Revision der Verträge zu führen. — (chc)

Dokumentation: Aus dem Strategiepapier der CDU/CSU

I. Die Lage

„Der europäische Einigungsprozeß ist an einen kritischen Punkt seiner Entwicklung gelangt. Wenn es nicht gelingt, in den nächsten zwei bis vier Jahren eine Lösung für die Ursachen dieser gefährlichen Entwicklung zu finden, dann wird die Union sich entgegen der im Maastrichter Vertrag beschlossenen Zielsetzung eines immer engeren Zusammenwachsens unaufhaltsam zu einer lockeren, im wesentlichen auf einige wirtschaftliche Aspekte beschränkten Formation mit verschiedenen Untergruppierungen entwickeln.“

II. Deutschlands Interessen

„Deutschland hat aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Größe und seiner Geschichte ein besonderes Interesse, ein Auseinanderdriften Europas zu verhindern, durch das es

in seine alte Mittellage zurückversetzt würde. Diese Lage zwischen Ost und West hat es Deutschland in der Vergangenheit erschwert, seine innere Ordnung eindeutig auszurichten und eine dauerhaft stabile außenpolitische Balance zu errichten. (...) Ein stabilitätsgefährdendes Vakuum, ein Zwischen-Europa darf es nicht wieder geben. (...)“

Dieses deutsche Interesse an Stabilität ist grundsätzlich mit dem Europas identisch.

Seine Lage, seine Größe und sein enges Verhältnis zu Frankreich verleihen Deutschland eine besondere Verantwortung für die Integration des östlichen Teils Europas und die Chance, eine für sich und Europa gute Entwicklung maßgeblich zu befördern.

Mit der Übernahme der Präsidentschaft der Union am 1. Juli 1994 hat für Deutschland eine lange währende An-

strengung begonnen, um dieses Ziel zu erreichen.

III. Was ist zu tun? — Vorschläge

„(...) Dazu werden folgende fünf Punkte vorgeschlagen, die als eine sich wechselseitig bedingende Einheit zu verstehen sind:

- die institutionelle Weiterentwicklung der Union, Verwirklichung der Subsidiarität einschließlich Rückverlagerung von Kompetenzen,
- die weitere Festigung des Kerns,
- die qualifizierte Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen,
- die Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der Union,
- die Erweiterung nach Osten.

1. Institutionelle Weiterentwicklung

Die institutionelle Weiterentwicklung der EU durch die Regierungskonferenz 1996 muß sich an folgenden Grundsät-

zen orientieren: ... Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU. (...)

— Dazu ist die Beantwortung der grundlegenden Verfassungs-Frage — wer macht was? — in einem verfassungsähnlichen Dokument notwendig, das die Kompetenz von Europäischer Union, Nationalstaaten und Regionen in klarer Sprache abgrenzt und die ideellen Grundlagen der Union definiert. (...) Dazu gehört auch die Frage, ob das Einstimmigkeitsprinzip des Art. N des Maastrichter Vertrages für Vertragsänderungen durch ein noch näher zu bestimmendes Quorum abgelöst wird. Entscheidend ist, daß die Länder, die in ihrer Kooperation und in der Integration weiter zu gehen wollen und in der Lage sind als andere, nicht durch Veto-Rechte anderer Mitglieder blockiert werden dürfen. (...)“

35 Minuten Deutschland

Der Beginn einer neuen Ära wurde am Abend des 8. September mit deutscher Gründlichkeit in Szene gesetzt. Der Abschied der Westalliierten sollte die Entlassung der Deutschen in ihre volle Souveränität mit der notwendigen Symbolik darstellen. Nach den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen war der Abzug der Alliierten der letzte Akt der deutschen Nachkriegsgeschichte. Von jetzt ab gibt es ein neu erstarktes vereintes Deutschland, das seine Verantwortung in der Weltgemeinschaft wieder wahrnehmen möchte. Von nun an gibt es keine Reue mehr, keine Schuld und keine Erinnerung. Die „Gnade der späten Geburt“ bleibt, und die Freude darüber wird selbstbewußt demonstriert.

Und so entsprachen die Bilder vom Brandenburger Tor diesem Glückstaumel. Weiträumig war der Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor abgesperrt. 5000 Polizisten und eine unbestimmte Zahl von Bundesgrenzschützern sicherten die vom Staatsschutz handgeprüften 17000 Besucher und 3000 Ehrengäste, die sich schon zwei Stunden vorher am Brandenburger Tor einfanden und fröstelnd auf den Tribünen saßen. Mit flotten Rhythmen versuchte das Stabsmusikkorps der Bundeswehr, das Publikum bei Laune zu halten. 450 Bundeswehrsoldaten, 100 Musiker und 50 extra für diese Zeremonie zurückgeholte amerikanische, britische und französische Soldaten standen dort in

ihren schönsten Uniformen. Fackeln erhellen den Pariser Platz und spätestens beim Erklängen der Nationalhymne stellte sich das Gefühl besonderer Feierlichkeit ein.

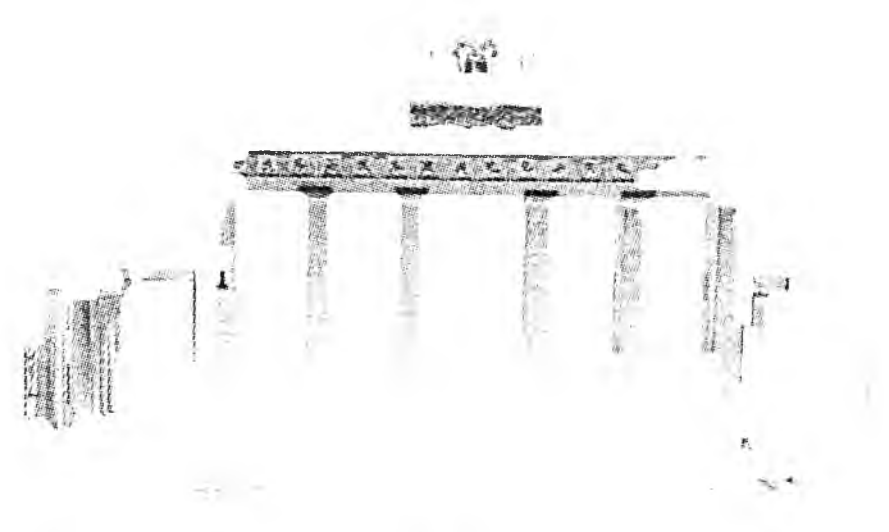
Der Mangel an historischer Sensibilität ist erschreckend. Doch die Symbolik der Fackel vor dem Brandenburger Tor erinnert nicht zufällig an den Aufmarsch der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wenige Stunden nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. 10000 Stahlhelme marschierten mit Fackeln durch das Brandenburger Tor unter „Sieg Heil“-Rufen von Tausenden Berlinern und feierten ihren Beginn einer neuen Ära. Der Zapfenstreich der Bundeswehr steht für die Kontinuität in der deutschen Geschichte und ist nur eine Fortsetzung von Bitburg und der Einweihung der Neuen Wache. Wenn die Bundeswehr im Fackelschein ihren Zapfenstreich unter den Augen der Weltöffentlichkeit zelebriert, dann ist dies ein Signal: Wir sind wieder wer — lautet die Botschaft, die Kohl seinen Freunden mit auf den Heimflug geben wollte. Der Abschied der „Schutzmächte“ ist deshalb die militärische Machtübernahme durch die Bundeswehr. Es ist gleichzeitig der Abschied vom deutschen Sonderweg. Unverhohlen deutet Kohl immer mehr darauf hin, was sein Ziel ist: eine neue Dominanz in Europa und eine Renaissance des Nationalen im eigenen Land.

Um von vornherein auszuschließen,

Matthias Mücke über die Abschiedsshow für die Westalliierten am Brandenburger Tor

daß die Bilder des Schweigens, der inneren Sammlung, der Andacht, des Respekts und der Ehrerbietung nicht durch Proteste verschiedener linker Gruppierungen gestört werden, hat man umfangreiche Vorbereitungen getroffen. Eine angemeldete Demonstration der AG „Zapfenstreich“ wurde von der Polizei einige Tage vorher verboten, weil „Störungen jeglicher Art eine unmittelbare konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellten. Trotz-

dem versammelte sich eine kleine Menschenmenge auf dem Alexanderplatz und vor dem Roten Rathaus, um Protest gegen diesen Zapfenstreich Ausdruck zu verleihen. Die Proteste schritt nach wenigen Minuten ein, löste die Ansammlung auf. Der große Polizeieinsatz seit dem Reagan-Fest sicherte die Bannmeile um das Brandenburger Tor. Nur zu Beginn des Zapfenstreichs konnten Pfiffe und Rufe 20000 Gäste im Ausleben ihrer nati-



Hitlers Freunde und Wilhelms Generale

VVN-BdA Nordrhein-Westfalen über die Ergebnisse einer Umfrage unter Bundeswehrkaserne

Die erste und dann auch die letzte Rede Hitlers als Naziführer vor deutschen Soldaten wurde von einem Mann ermöglicht und verursacht, der noch immer in der Bundeswehr hoch in Ansehen steht. Im Juni 1919 holte Hauptmann Eduard Dietl Hitler als Redner in die Reichswehr. Am 1. Juli 1944 ehrte Hitler den tödlich verunglückten „Helden von Narvik“, den Generaloberst, den Putschisten von 1920 und 1923, den Träger des goldenen NSDAP-Parteiabzeichens, den Durchhalteoffizier und Soldatenschinder Dietl mit den Worten: „Eine Stunde, nachdem ich damals zur dritten Kompanie seines Regiments gesprochen hatte, gab mir dieser Mann seine Hand und erklärte, er würde von jetzt ab mein Gefolgsmann und Anhänger sein. Und dabei ist es dann geblieben Jahr für Jahr.“

Jahr für Jahr seit 1964 ist es auch bei dem Namen „Generaloberst Dietl Kaserne“ für eine Bundeswehreinrichtung in Füssen geblieben. Nun prüft und prüft die Hardhöhe schon monatelang, ob dies noch länger aufrecht erhalten bleiben kann. Wer sich — wie jetzt bei einer Umfrage des Journalisten Ulrich Sander, die von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten vorgelegt wurde — danach erkundigt, warum eine solche Dietl-Verehrung noch heute sein muß, bekam bisher zur Antwort: „Eine Namensänderung ist nicht erfolgt. Für die Bundesregierung stellt sich die Frage der Umbenennung aufgrund des eindeutigen Votums der Stadt Füssen und der betroffenen Truppenteile derzeit nicht“ (so der Presseoffizier Oberleutnant Kalla).

Der Befehlshaber der Bundeswehr Ost, General von Scheven, hatte am 3.

Oktober 1990 in Straußberg den versammelten und nun zur Entlassung anstehenden NVA-Offizieren klargemacht, wo es lang geht mit der Bundeswehr: „Die Leistungsfähigkeit ihrer Soldaten und ihrer Waffen soll nach unserer Überzeugung nicht hinter den Leistungen der Wehrmacht zurückstehen.“ (lt. Reservistenzeitschrift „loyal“) Als er das sagte, hatte der letzte DDR-Verteidigungsminister Eppelmann bereits in vorausseilendem Gehorsam sämtliche Kasernennamen der DDR abgeschafft, auch die von antifaschistischen Widerstandskämpfern stammenden. Die Traditionslinie der Bundeswehr des neuen großen Deutschlands ist eine anti-antifaschistische. Sie läuft vom kaiserlichen und Nazi-Generalstab zur Bundeswehrführung.

Von den rund 400 Kasernen der Bundeswehr (Stand 1990) sind nur elf nach Persönlichkeiten benannt, die dem militärischen Widerstand gegen Hitler zugerechnet werden. Dagegen sind 37 Kasernen nach Helden der Hitlerwehrmacht, vor allem Ritterkreuzträgern, weitere rund 40 nach preußischen Eroberern benannt. Andere geben Interesse an fremden Territorien kund: Pommernkaserne, Ostpreußenkaserne, Ostmarkkaserne, Tannenbergkaserne, Deutschordenskaserne. Der Rest hat landschaftliche und lokale Namen.

In dem noch immer gültigen Traditionserlaß der Bundeswehr von 1982 heißt es: „Ein Unrechtsregime wie das Dritte Reich kann Tradition nicht begründen.“ Ein Sprecher der VVN-BdA fragte bei der Vorlage der Dokumentation „Who is who in der Militärtradition“: „Warum dann die Ehrung der Helden des faschistischen Unrechts? Mit dem Ende der Ost-West-Konfronta-

tion wurden Deutschlands Grenzen endgültig verankert. Warum dennoch Namen, die an ehemalige Eroberungen erinnern oder neue begründen können?“

In der vorgelegten Umfrage und Untersuchung werden Bundeswehrrnamen analysiert, die in Westdeutschland bis heute beibehalten wurden. Die in der Ex-DDR gestrichenen und im Westen beibehaltenen Kasernennamen verdeutlichen eine ganze politische und militärische Programmatik und Tradition. Von Nazi-Rambos wie General Hüttner, der den Gegner bis zum letzten Mann niedermachte und Gefangene beseitigte, bis zu „Geburtshelfern des Dritten Reiches“ (so Hitler über Dietl) ist alles dabei. Die Hüttner-Kaserne steht in Hof. Überall gab es die gleiche Auskunft im Westen: „Daß eine Umbenennung dieser Kaserne nicht erfolgt ist und derzeit auch nicht beabsichtigt wird.“ So Herr Gülow vom Führungsstab der Streitkräfte im Verteidigungsministerium.

Der Hitler-Förderer Hindenburg ist gleich fünfmal als Patron wirksam. Die Hindenburg-Kaserne in Kassel wurde schon 1935, als Hitler seinen Vorgänger mit Staatstrauer in Tannenberg beerdigen ließ, so benannt — und es blieb bis heute bei diesem Namen. Unter den Kasernennamen sind „Expeditionskorps“-Fachleute stark vertreten — ganz im Sinne von „out of area“. Mit fünf Kasernen sind Graf Waldersee und Lettow-Vorbeck dabei. Beide waren in China zur blutigen Niederschlagung des Boxer-Aufstandes und Lettow-Vorbeck kämpfte in Afrika im ersten Weltkrieg bis fünf nach zwölf und wurde in Deutschland auch gegen Arbeiterkämpfe aufgeboden. Weitere Hochgeehrte sind der baltische Interventionsgeneral

und Harzburger-Front-Mann Rüdiger von der Goltz, die Hitlergenerale und Mackensen, der — wie eine Bundeswehrbroschüre anmerkt — viel von der, aber wenig von der NSDAP hat. Dabei ist Hitlers Putschkumpan Antisemit Ludendorff, dessen Kaserne in Kornwestheim den US-Truppen gegeben wurde, ohne daß sie auf den Namen Ludendorff verzichteten. Hindenburg wäre noch zweimal mehr dabei gewesen, wenn die mit seinem Namen gezielten Gebäude nicht in der Festschrift der Franzosen wären, und zwar in Rheinland und Tübingen. Deren Colonel Wirth hat erschreckt abgewunken und betont, nur die Deutschen nennen die Gebäude nach dem alten Feldherren, dem der „Krieg wie eine Badekur“ bekam, wie er einmal anmerkte.

Glaubt man der Festschrift des Panzerbataillons 64 (54), dann kam 1963 die Stadt Wolfhagen deshalb zu einer Pommernkaserne, weil Kommandeur Oberstleutnant Siegfried Vehlrow, „gebürtiger Pommer“, darüber „sehr erfreut“ war. Gefreut hat sich auch der Vorsitzende der pommerschen Landmannschaft in Hessen, Rendel, der die Patenschaft übernahm. In der Pommernkaserne ist auch das Andenken an Schlesien wach, denn ein Truppenteil dort erhielt in den sechziger Jahren von dem letzten schlesischen Kommandeur, der Wehrmachtsgeneral a.D. v. Wietersheim, den Namen Schlesien verliehen. Übergeben wurde an Major Drews, der schon unter Hitler und Wietersheim in der schlesischen 11. Panzerdivision diente.

Daß auch ausgewachsene und überführte Kriegsverbrecher mit Namen patronaten geehrt werden, kann u.a. be-

Fortsetzung nächste Seite unter



len Phantasien stören. Eine geplante Schweigeminute wurde gerade aus diesem Grunde im Vorfeld aus dem Protokoll gestrichen. „Eine Schweigeminute, in der nicht geschwiegen wird, ist keine Schweigeminute.“

Um die größte Polizeiübung im wiedervereinigten Berlin auch zu rechtfertigen, haben örtliche Politiker einige Tage vor dem 8. September eine verbale Hatz auf die potentiellen Störer begonnen. Allen voran Innensenator Heckelmann, der in einer Pressemitteilung von „destruktiven Neurotikern“ und „Schreiälchen“ sprach und die Berliner Bevölkerung aufforderte, Zivilcourage zu zeigen und die Polizei auf mögliche Störungen aufmerksam zu machen. Ein Hohn, daß er sich bei seinem Aufruf zur Denunziation und „Lynchjustiz“ auf die „demokratische Mehrheit“ beruft.

Die Deutschen und die Welt haben einen Vorgeschmack bekommen auf das neue souveräne Deutschland und wie in Zukunft mit historischer Symbolik in diesem Land noch umgegangen werden wird. Wenn die 35 Minuten, die der Große Zapfenstreich dauerte, den Weg in die Zukunft unseres Landes darstellten, dann möchte ich mit dem Kommentar Max Liebermanns zum 30. Januar 1933 schließen: „Man kann gar nicht so viel fressen, wie man kotzen möchte!“

Matthias Mücke arbeitet bei der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ in Berlin.

Fortsetzung von Seite 4 unten:

der Kübler-Kaserne in Mittenwald nachvollzogen werden. Generalmajor Ludwig Kübler erhielt von Hitler das Ritterkreuz für „schneidiges Eindringen nach Polen“ und wurde in Jugoslawien der „Adria-Schreck“ genannt und später dort zum Tode verurteilt. In der Bundeswehr gilt er als „beispielgebend für unsere Zeit“.

Daß man auch an eine Wiedervereinigung mit Elsaß-Lothringen denken könnte, machte der Sprecher der 4. Panzergrenadierdivision klar, der die Brücke von Deutschland im Jahre 1990 zum Deutschland der Wilhelms schlug: Zu einer Namensänderung der „traditionsreichen Kaserne“ in Amberg mit Namen Kaiser Wilhelm bestehe auch in Hinblick auf die am 3. Oktober 1990 vollzogene deutsche Einheit keine Veranlassung, „war es doch gerade Kaiser Wilhelm I., unter dessen Regentschaft 1871 das Deutsche Reich aus 25 Bundesstaaten und dem Reichsland Elsaß-Lothringen vereinigt wurde. Dank einer von ihm mitgeprägten klugen und weit-sichtigen Bündnispolitik folgte eine 43 Jahre währende Friedenszeit.“ Die Kolonialkriege zur Ausdehnung des Reiches nach Übersee ließ der Major Niebaum namens der Wilhelm-Kaserne in Amberg ebenso weg wie die Tatsache, daß ein anderer Wilhelm die Friedenszeit mit einem blutigen Weltkrieg krönte.

Laut Erlass können Kasernen nach Personen benannt werden, die „sich durch ihr gesamtes Wirken oder eine herausragende Tat um Freiheit und Recht verdient gemacht haben“. Wer die Namen der Bundeswehrpatrons liest und ihre Biographien kennt, fragt sich, wo und wie diese Leute für Freiheit und Recht gewirkt haben.

Quelle: „Pressedienst aktuell“ der VVN-BdA NRW. Der volle Wortlaut der Dokumentation kann bei der VVN-Bund der Antifaschisten NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel./Fax 0202-450629 bezogen werden.

Bundeswehr Out-Of-Grundgesetz

Von Holger Paech

Deutschland ist nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation in einer historisch einzigartigen Situation. Es ist von Freunden und Partnern umgeben. Das Risiko, militärisch bedroht oder angegriffen zu werden, ist — zumindest in absehbarer Zeit — äußerst gering.

Die Bundeswehrplanung orientiert sich jedoch nicht an dieser neuen Lage. Während andere NATO-Länder gerade ihre planerischen Eckwerte kräftig nach unten korrigieren, zeigt sich das hiesige Verteidigungsministerium hartleibig. Die Bundeswehrführung entwickelt neue, weitreichende Ambitionen. Die politische Debatte zu Out-of-area Einsätzen mit deutscher Beteiligung hierzulande hat gezeigt, daß diese Militärplanung Bestandteil einer außenpolitischen Neuorientierung der Bundesrepublik Deutschland ist. Gerne wird dabei das Wort von der gestiegenen weltpolitischen Verantwortung Deutschlands bemüht. Argwohn muß erregen, daß in Teilen der Unionsfraktion und der Bundeswehrführung immer unverhohlener von deutschen Interessen die Rede ist, die mit militärischen Instrumenten gesichert werden sollen.

Was die Bundesregierung derzeit betreibt, ist die folgenreichste außenpolitische Veränderung seit der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik in den 50er Jahren. Die damals begonnene Remilitarisierung mündet heute, nach dem Wegfall der Ost-West-Polarisierung und den damit verbundenen Sicherheitsinteressen, in eine offensive Umsetzung deutscher Interessenpolitik im Ausland. Ein militärischer Einsatz als außenpolitisches Mittel wird damit wieder möglich. Der langjährigen deutschen Kultur der relativen Zurückhaltung folgt nun die erneute Demonstration deutscher Geltungssucht.

Die von Verteidigungsminister Volker Rühe 1992 erlassenen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) sind dazu ein gespenstisches Drehbuch. In diesem Text definiert das Militär die eigenen Zukunftsaufgaben. Es gibt vor,

Revision des Bundeswehrauftrages

welches ökonomische Prinzip in einer globalen „Friedensordnung“ zu gelten hat. Die deutschen Generäle und Soldaten sind die neuen deutschen Protagonisten einer Weltinnenpolitik militärischer Prägung.

Die deutschen Machthaber orten in der ganzen Welt Krisen und vor allem Risiken, die der deutschen Wirtschaft und deren Profiten abträglich sein könnten. Die Antwort und Botschaft der Militärs in ihren Äußerungen und Schriften ist einfach: Die Bedrohung ist jetzt wieder allgegenwärtig. Ziel ist: Weg vom Artikel 87a GG, auf in die weite Welt.

Denn die Beurteilung des Risikospektrums erfolgt stets mit weltweiter Perspektive. In einer recht harmlos wirkenden Sprache, einer wohl abgestimmten, beliebig zu interpretierenden Terminologie werden weitreichende Überlegungen über die Sicherheit der BRD angestellt. Schon die zugrundeliegende Begrifflichkeit setzt neue, ungewohnte Maßstäbe. Mit neuen Definitionen versucht man eine Revision des Bundeswehrauftrages.

Deutlich wird, daß die Militärs auf einen extensiven Begriff von Sicherheit

umgeschwenkt sind, der nationale Sicherheitsinteressen international definiert wissen will. Mit dem neu definierten und bereits ressortübergreifenden staatlichen Sicherheitsbegriff ergeben sich „Krisen“ schon bei Rohstoffknappheit, Störung von Handelsstrukturen, Flüchtlingsbewegungen, Einschränkungen der eigenen Interessen, religiöse Bedrohungsszenarien, Unterbrechung der geregelten Entsorgung der Wohlstandsgesellschaft (Müll).

Mittels einer Früherkennung und zahlreichen Bekämpfungs- und Ausschaltungsvorschlägen der Weltkrisen werden auch auf dem eigenen Staatsgebiet Grenzverschiebungen vorgenommen. Beispiele hierfür sind Verfassungsfragen, Staatsnotstände, Militarisierung des Staates und der Gesellschaft. Das Grundgesetz in seiner gegenwärtigen Fassung erlaubt keinen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereiches. Dennoch haben die bisherigen Militäreinsätze in aller Welt dazu geführt, daß die verfassungspolitische Beschränkung der Bundeswehr auf die Landes- und Bündnisverteidigung faktisch beendet ist. Die Verrechtlichung des schon Erfolgen im Nachhinein wird als Formalie gehandelt. Nicht die Verfassung ist die Norm, sondern deren außenpolitische Tauglichkeit im Rahmen der neuen Weltordnung.

Die Weiterentwicklung der westlichen Militärbündnisse, NATO und WEU, auch ohne Angriffe auf das Territorium des Bündnisses außerhalb desselben tätig zu werden, setzen den neuen verfassungsrechtlichen Maßstab. Die Diskussion über die verfassungsrechtlichen Interventionshemmnisse wird insofern nur unter dem Gesichtspunkt ihrer baldmöglichsten Änderung und Zurichtung auf die neuen Erfordernisse geführt.

Die für die neuen Aufgaben der Bundeswehr erforderlichen Umrüstungen sind in vollem Gange. Das Kalkül, weltweit militärisch intervenieren zu können, schlägt sich in den strukturverändernden Planungen für die Bundeswehr nieder. Spezielle Eingreiftruppen mit der Bezeichnung „Krisenreaktionskräfte“ (KRK) werden aufgebaut. Die KRK stellen militärische Organisationselemente dar, die für Einsätze im Rahmen der Krisenbewältigung zur Mitwirkung bei der „Lösung“ bewaffneter Konflikte bereitgehalten werden. Sie bestehen aus präsenten Truppen und Stäben aller Teilstreitkräfte, die nach kurzer Vorbereitungszeit einsatzfähig sein sollen. Vorbild für die KRK sind die mobilen, national und multinational gegliederten NATO-Reaktionskräfte, welche für den Einsatzfall lagergerecht zusammengestellt werden (Task Force-Prinzip) oder bereits festgelegte Gliederungsformen haben.

Die von Rühe im August 1994 vorgelegten „Konzeptionellen Leitlinien“ geben einen Einblick in den zukünftigen Aufbau der deutschen Streitkräfte. Aufgabe der Hauptverteidigungskräfte ist die stufenweise Mobilmachung von 340000 Mann im Frieden auf bis zu 700000 Soldaten im Ernstfall. Den KRK werden rund 50000 deutsche Soldaten zugeordnet, welche in bis zu 30 Tagen komplett „verlegebereit“ sein sollen.

Künftig 50 000 Mann „Krisenreaktionskräfte“

Die KRK haben die Aufgabe, potentiell Angreifer abzuhalten, in der NATO

und WEU zur Krisenbewältigung und zur Verteidigung beizutragen, sowie für Einsätze im Rahmen von UN und KSZE „im gesamten Spektrum von humanitären Maßnahmen bis zu militärischen Einsätzen“ gemäß UN-Charta bereitzustellen.

Das Heer soll dafür mindestens fünf Brigaden zur Verfügung stellen und die Luftwaffe sechs fliegende Staffeln für Luftangriffe, Luftverteidigung, Aufklärung und „nukleare Teilhabe“ mit Tornado-Flugzeugen als möglichen Atomwaffenträgern.

Die Marine wird zwei hochseefähige Einsatzgruppen aus je zwei bis drei Schiffen zur Verfügung stellen, die für „Minenabwehr und Unterwasserkriegsführung“ ausgerüstet sind.

Vorrangiges Ziel ist bei den Landstreitkräften die Fähigkeit zum Einsatz leichter und luftbeweglicher Kräfte, bei den Luftstreitkräften die Fähigkeit zur Herstellung regional begrenzter Luftüberlegenheit sowie die Fähigkeit zum Lufttransport und bei den Seestreitkräften die Fähigkeit zur Projektion militärischer Macht von See aus, sowie die Fähigkeit zur Minenabwehr.

Nähere Aufschlüsselungen zur Struktur der neuen Bundeswehr finden sich detailliert im neuen Weißbuch von 1994, herausgegeben vom Bundesministerium für Verteidigung.

Neben dieser konkreten Umrüstung der Bundeswehr für weltweite Einsätze betreibt die Bundesregierung eine auf ihre „vitalen Interessen“ abgestimmte Militärbündnis- und Europapolitik. Den Rahmen hierfür bilden u.a. die Überlegungen der CDU zu dem Thema „Kerneuropa“ und die Äußerungen von Volker Rühe anlässlich des NATO-„Round Table“ im Juli 1994.

Ziel ist es, eine euro-atlantische Stabilitätszone zu schaffen, in der die bestehenden Militärbündnisse eine Umstrukturierung erfahren und je nach Bedarfslage optimal genutzt werden können.

Die BRD soll demnach als Teil von „Kerneuropa“ aufgrund ihrer Vormachtstellung entscheidenden Einfluß auf die wirtschaftlichen und militärpolitischen Entwicklungen in Europa ausüben. Eine Stärkung von EU und WEU bietet für die BRD die Möglichkeit, unabhängig von den USA weltweit ihre Interessen durchzusetzen.

Im Sinne eines euro-atlantischen Bündnisses ist ferner die Integration des Ostblocks in das westliche Wirtschafts- und Sicherheitssystem. Bis zur Jahrtausendwende sollen die östlichen Anrainerstaaten durch gemeinsame Militärmanöver und wirtschaftliche Abkommen soweit stabilisiert und integriert worden sein, daß sie als kontrollierbare Pufferzonen gegen den fiktiven Bedrohungsgürtel aus Südost fungieren können.

Diese Abschottung nach außen soll gestützt werden durch eine gleichgeschaltete innen- und rechtspolitische Zusammenarbeit innerhalb der EU in den Bereichen Ausländer-, Migrations-, Asyl- und Visapolitik sowie mit EUROPOL. Ist die euro-atlantische Festung erst einmal gezimmert, so können die „vitalen Interessen“ des Nordens beliebig im Trikont umgesetzt werden.

Holger Paech ist Student der Politischen Wissenschaft und Mitarbeiter in der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ Berlin.

Krieg der Sprachen

Wenn wir Haß allein erwähnen, befinden wir uns schon im Magnetfeld einer der beständigsten Mystifikationen des Balkans. Denn dieser Haß ist kein Schicksal. Solange es keine Interessengruppen gibt, die in die Position rücken, aus diesem Haß politischen Gewinn zu ziehen, ist er nichts weiter als totes/ruhendes Kapital.

(Bojan Korenic in der oppositionellen Zeitung *Feral Tribune* aus Split)

Definition von Sprache

Nach Wahrigs *Deutschem Wörterbuch* von 1986/91 ist Sprache ein System von Lauten zum Ausdruck von Gedanken, Gefühlen, Willensregungen usw. und wichtigstes Verständigungsmittel der Menschen untereinander. Sie soll der Verständigung dienen.

Definition von Sprachreinigung

Nach Wahrig ist das die Bemühung, die Muttersprache von fremden, aus anderen Sprachen eingedrungenen Elementen zu reinigen und das Ausgemerzte durch Neubildungen oder Wiederbelebung alten Wortgutes zu ersetzen. Ein aktuelles Beispiel ist die „Reform“ des Französischen Anfang dieses Jahres. In der jugoslawischen Sprachpolitik findet zur Zeit eine gewaltige Sprachreinigung statt. Freunde, die mit der Lage in Afghanistan vertraut sind, erzählen ähnliches.

Gewalt der Sprache und Gewalt durch Sprache

So könnte man die Situation in der gegenwärtigen sprachlichen Landschaft im ehemaligen Jugoslawien und Deutschland bezeichnen. Es wird ein regelrechter Sprachkrieg geführt: die bisherige süd-slawische Landessprache, das Serbokroatische/Kroatoserbische, wird vehement und rücksichtslos verdrängt und durch das Serbische, Kroatische und Bosnische ersetzt. So wird die Notwendigkeit der „unabhängigen“ Staaten und die ethnische Teilung der Menschen besiegelt. Dies geschieht ungeachtet aller Widerstände jener Menschen, die den Krieg auf dem Balkan und die Aufteilung in Ethnien entschieden ablehnen. Sie wehren sich gegen die Ethnisierung ihrer Muttersprache, die es plötzlich nicht mehr geben darf. Um verstehen zu können, was da eigentlich vor sich geht, lohnt sich ein kurzer Überblick über das Serbokroatische/Kroatoserbische. An dieser Stelle erscheint der Vergleich mit der deutschen Sprache sinnvoll und sogar unerlässlich.

Während in Deutschland trotz deutlicher sprachlicher Unterschiede in Form von Sprachvarianten an der Einheit der Sprache festgehalten wird, unterstützt der überwiegende Teil der deutschen Öffentlichkeit (Presse, TV, Verlage, Parteien, Friedensgruppen etc.) die gängige Sprachpolitik im ehemaligen Jugoslawien, wonach sich die bisherige Landessprache in Nationalsprachen auflösen soll. Dies geschieht auf unterschiedlichste Art: Einführung von Neuschöpfungen im Kroatischen, verstärktes Einfließen der Turzismen (Wörter türkischer Herkunft) über die bereits vorhandenen hinaus und Schaffung einer bosnischen Sprache. In der heutigen Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) wird das serbi-

sche Dominant erweitert um antiquierte Ausdrücke. Diese Sprachpolitik wird von vielen Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit Spott kommentiert: Sie unterhalten sich in ihren „neuen“ Muttersprachen, amüsieren sich über den „okolovratni dopupak“ (Halsbinde bis zum Bauchnabel) — das neue kroatische Wort für „Krawatte“ — und nehmen das ganze eher auf die leichte Schulter.

Schwierig wird es aber spätestens dann, wenn man erkennt, daß das ganze kein Witz, sondern bitterer Ernst wird. In Deutschland wies die Zeitung *Freitag* deutlich auf diese Entwicklung seit Kriegsbeginn in einem Artikel Anfang '94 hin. In den oppositionellen Medien gibt es zahlreiche Infos über diese Art von Sprachpolitik: So schreibt der bekannte jugoslawische Sprachwissenschaftler Ranko Bugarski in der oppositionellen Zeitschrift *Vreme*, daß die neue Sprachpolitik z. B. in der Republik Srpska in Bosnien für die dort lebenden Serben die ekavische Variante vorsieht, das würde in etwa dem Versuch gleichen, einen Amerikaner dazu zu bewegen, britisches Englisch zu sprechen.

Im Bereich des Bosnischen erschienen unabhängig von den kurzen Einführungen in die bosnische Sprache auch zahlreiche Artikel zur Lage in den letzten

Einige Beobachtungen zur gegenwärtigen Sprachpolitik im ehemaligen Jugoslawien

Begriffen im Kroatischen brachte, unter Einbeziehung der aktuellen Werke zur kroatischen Sprache. Bald sollte auch das neueste Werk zur kroatischen Sprache und Rechtschreibung erscheinen (Autoren: Stjepan Babić, Božidar Finke und Milan Moguš).

Die oppositionelle Belgrader Tageszeitung *Borba* beklagt in einem Artikel die unnützen Sprachreformen in Serbien-Montenegro, wo es im Augenblick drei unterschiedliche Werke zur dortigen Rechtschreibung und Grammatik gibt. Im zuletzt erschienenen wird auf jegliche Auseinandersetzung und Information zum Verhältnis zwischen dem Serbischen und Kroatischen verzichtet. Die Autoren des Artikels bedauern, daß auf zahlreiche Studenten der Südslavistik im Lande teilweise seltsame Sprachreformer losgelassen werden, und hoffen, daß dies alles ein baldiges Ende findet.

Sprachen im ehemaligen Jugoslawien

Vor dem Krieg gab es insgesamt drei Amtssprachen: das Serbokroatische/Kroatoserbische, das von 2/3 der Bevölkerung als Muttersprache benutzt wurde und auch heutzutage noch benutzt

durch wenige, die Kommunikation nicht störende Merkmale unterscheiden. Zusammenfassend kann man sagen, daß sich diese Unterschiede auf die unterschiedliche Realisierung des alten Jat-Lautes (Milch: mlijeko — mleko — mliko: ijekavisch, ekavisch und ika-visch) sowie auf gewisse Unterschiede im Wortschatz beschränken, was auch im Deutschen nicht unbekannt ist:

voz-vlak = Zug-Bahn
hiljada-tisuca = 1000
kruh-hljeb = Brot

Auch im Deutschen gibt es ähnliches, für das Brötchen z. B. gibt es im deutschen Sprachraum mehrere Bezeichnungen: Semmel, Schrippe, Rundstück. Trotzdem kommt kein Mensch auf die Idee, eigene Brötchen zu backen. Die SprecherInnen beider Varianten empfinden und empfangen diese Unterschiede vor dem Krieg keineswegs als sprachliches Hindernis, sondern eher als Bereicherung.

Unter den Lehrwerken, die das bestätigen, fällt allein durch seinen Aufbau die US-amerikanische *introduction to the serbian and croatian language* auf. Hier ist eine Gegenüberstellung beider Varianten. Den Lesenden sei überlassen, die Unterschiede zwischen ihnen herauszufinden.

1991 erschien auf dem deutschen Büchermarkt das Büchlein *Serbokroatisch für Globetrotter*, in dem der Autor Dragoslav Jovanović in seiner Einführung zur Sprache einfach die Frage stellt: Sprechen Sie serbokroatisch, kroatoserbisch, muslimisch, montenegrinisch? Er verweist hiermit auf die Verständlichkeit und Einheit der jugoslawischen Landessprache, eine heute zunehmend unterdrückte Tatsache, daß die Menschen, die von Jugoslawien wenig wissen, dazu veranlassen sollte, glauben, daß eine Kommunikation zwischen den Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien nicht möglich ist.

Die Folgen dieser neuen Einstellung zur jugoslawischen Landessprache sind gravierend: Auf dem deutschen Büchermarkt finden sich nur noch ganz selte Sprach- oder Wörterbücher für serbokroatisch, da sie „überholt“ seien. Zu gleich erscheinen aber seit 1991 neue Lehrwerke, nun aber für das Serbische und Kroatische in einem Band mit der Gegenüberstellung der beiden Sprachvarianten und wenigen Veränderungen — bestes Beispiel z. Z. ist Langenscheidts Büchlein *Dobar Dan*, das sich — bis auf die Titelseite — kaum verändert hat.

Im Falle des Serbokroatischen/Kroatoserbischen gibt es sprachliche Denkmäler, welche auf Gemeinsamkeiten unter den inzwischen auseinanderdividierten Sprachen deutlich hinweisen. Sie werden im Studium der südslawischen Sprachen herangezogen, doch auch im Alltag finden sie populärwissenschaftliche Sprachbeschreibungen z. B. in Wörterbüchern, Reiseführern und Sprachlehren für Interessenten all gemein.

Warum ist diese Information über die Sprachpolitik im ehemaligen Jugoslawien und Deutschland wichtig?

Die Antwort liegt in der Notwendigkeit, auf die Tendenzen der Spaltung und Hetze mittels Sprache aufmerksam zu machen. Pädagogen, die hier und im ehemaligen Jugoslawien mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, tragen eine große Verantwortung für die weitere Entwicklung dieser Menschen und be wirken gewollt oder — ohne es zu beachten und zu ahnen durch ihre fehlende Sensibilität — ungewollt eine weitere ethnische Spaltung, dieses Mal über Sprache.



1942: Tagung des „Antifaschistischen Rats der Volksbefreiung Jugoslawiens“

Jahren. An dieser Stelle seien nur die Ergebnisse der bisherigen Diskussion erwähnt. So sollen in diesem Schuljahr erstmals Schulbücher für Grund- und Mittelschulen in Bosnien-Herzegowina in bosnischer Sprache erscheinen. Es wird betont, daß die Vorfahren ihre Muttersprache mehr achteten und sie durch fremde, verunstaltete Sätze, die keine Bedeutung haben, nicht vergifteten. Bereits 1991 erschien auch ein Werk über die bosnische Sprache. Hierbei handelt es sich um die Erweiterung des serbokroatischen Wortschatzes um weitere Ausdrücke türkischer Herkunft, die im Endeffekt die bislang gebräuchlichen Wörter ersetzen und somit eine neue Sprache vortäuschen sollen, aus dem hauptsächlich hervorgeht, daß das Bosnische seine Eigenarten im Verhältnis zum Serbokroatischen hat und daß die Sprache der Moslems im bisher verwendeten Begriff serbokroatisch/kroatoserbisch nicht namentlich inbegriffen ist. Interessant ist, daß dieses Werk bereits ein Jahr vor dem Krieg in Bosnien-Herzegowina erschienen ist.

In Kroatien fand ebenfalls eine Sprachreform statt, begleitet von Aufklärungsartikeln wie z. B. in der Tageszeitung *Vjesnik*, die im Frühjahr innerhalb der Rubrik „Sprachberater“ Informationen zu umstrittenen und neueren

wird, das Slowenische, die Amtssprache in Slowenien, und das Mazedonische, die Amtssprache in Mazedonien. Alle drei gehören der Gruppe der südslawischen Sprachen an. Das Serbokroatische/Kroatoserbische wird aber in ganz Jugoslawien verstanden und ist seit etwa 100 Jahren die gemeinsame Schriftsprache der Serben und Kroaten und aller Menschen in den Teilrepubliken Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien und Kroatien. Die Benutzer dieser Sprache schreiben in zwei Schriften — in der lateinischen und in der kyrillischen, wobei beide in Bosnien-Herzegowina und Montenegro gleichberechtigt vorkommen, während das lateinische Alphabet überwiegend in Kroatien und das kyrillische in Serbien und Makedonien benutzt werden.

Vor dem Krieg lernte man in der Schule beide Schriften. In Sarajevo erschien die dortige Tageszeitung *Oslobodjenje* wechselseitig in beiden Schriften, was die Gleichberechtigung darstellen sollte.

Die Sprachvarianten serbokroatisch/kroatoserbisch

Es gibt die westliche und die östliche Variante, die sich weitgehend allein

Die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien kannten vor diesem Krieg eine liberale Sprachpolitik, die Wege suchte und auch oft fand, die gemeinsame Sprache mit all ihren Abweichungen einerseits und die weiteren Sprachen, darunter slowenisch und mazedonisch und insbesondere die Sprachen der zwei- und mehrsprachigen Landesteile (italienisch in Triest, albanisch in Kosovo und ungarisch in der Vojvodina), als gleichberechtigt zu handhaben. Sie bezeichnen die Landessprache des ehemaligen Jugoslawien als *nas jezik* = unsere Sprache und wollen dieses auch weiterhin tun dürfen, statt durch sog. Sprachreformen und durch Willkür jetziger Sprachpolitiker gezwungen zu werden, sich und ihre Sprache aufzugeben und sich dem Ziel dieses Krieges — der endgültigen Spaltung durch die neu geschaffene Kategorie der Ethnie — zu beugen.

— Yukom (Jugoslawienkomitee) 9/94

1 Gewalt der Sprache. Kriegsbeobachtungen aus der Etappe, in: *Freitag*, 18.2.1994, S. 17-18

2 gledanje u mitsku prošlost. (Blick in die Vergangenheit der Mythen.) Interview: Ranko Bugarski, in: *Vreme*, 6.12.1993, S. 47

Bereits in der oppositionellen Zeitung *Borba* verweist dieser bekannte Sprachwissenschaftler auf die politischen Hintergründe der gegenwärtigen Sprachreformen im Bereich des Serbischen in den Gebieten außerhalb der Grenzen Serbiens. Seine Meinung ist in der Überschrift des Artikels *topovima na jezik* (Mit Kanonen auf die Sprache), in: *Borba*, 25.-26.9.1993, Beilage s. viii, bildhaft wiedergegeben.

3. bosanski jezik u osnovnom i srednjem obrazovanju. ekskluzivno za reviju naj iz sarajeva lektorica rtv bih prof. indira pendzo. Bosnisch für: Grund- und Mittelschulen, Interview mit Indira Pendzo, Lektorin des bosnischen TV. *Naj*, Wien 29.7.94, S. 7. senad halilovic: bosanski jezik, sarajevo: biblioteka ključanin/bosanski krug 1991. Bosnische Sprache, Sarajevo: Bibliothek Ključanin/Bosnischer Kreis 1991.

4. vjesnik: vjesnikov jezikni savjetnik 19.3.94. Sprachberater pravpis bez bitnih promjena. Rechtschreibung ohne nennenswerte Veränderungen. Beide erschienen am 19.3.94, S. 32.

5. Hierzu erschien Anfang des Jahres ein ausführlicher Artikel, ebenfalls in der *Borba*. Am 14.3.1994 berichtet *Borba* nur kurz über das Erscheinen und die Präsentation eines dieser Werke zur Grammatik und zum Wortschatz des Serbischen. Einer der Autoren, Milos Kova Cevic, wehrt sich in der Juni-Ausgabe der montenegrinischen Studentenzeitung *Index*, S. 46, gegen den Zwang zur Übernahme der für Serbien charakteristischen *ekavski* in Montenegro und seitens aller Serben.

6. Thomas F. Wagner, *introduction to the croatian and serbian language*, Pennsylvania State University Press, 1991, 1. Titel: *serbo-croatian language — grammar*, 1950

7. Dragoslav Jovanovic, *Serbokroatisch für Globetrotter, Kauderwelsch*, Bd. 53, Bielefeld, Peter Rump Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H. 1991, S. 9-10.

Eine ausführliche Lehrwerkanalyse ist nicht Gegenstand dieses Artikels. Es seien nur einige von ihnen genannt: Dragoslav Jovanovic und Th. F. Wagner (s.o.), Langenscheidt: *Dobar Dan. Ein Lehrwerk für serbisch und kroatisch*. Die neueste Ausgabe unterscheidet sich von der vorangegangenen lediglich am Umschlag, versucht aber, aufgrund der sprachlichen Bezeichnung aktuell zu sein.



Indonesien: Polizeiterror des herrschenden Regimes

BRD-Regierung und Zeitungsverbot in Indonesien

Folgendes offenen Brief richtete die Initiative für die Menschenrechte aller BürgerInnen der ASEAN-Staaten (Postfach 600422, 60334 Frankfurt) am 15. September an Außenminister Klaus Kinkel:

„Sehr geehrter Herr Außenminister, wie Ihnen bekannt sein dürfte, wurden in Indonesien im Juni diesen Jahres die bekannten Zeitschriften *Tempo*, *Editor* und *Detik* verboten. Anhaltende Proteste und Demonstrationen dagegen wurden brutal niedergeknüppelt, DemonstrantInnen zeitweise verhaftet.

Anlaß für diese Zensur war die Berichterstattung dieser Zeitungen über Auseinandersetzungen um die Finanzierung des Kaufs von NVA-Schiffen aus der Bundesrepublik. Begründet wurde das Verbot damit, daß eine kritische Berichterstattung über diesen Handel mit der BRD den indonesischen Staat gefährde.

In der Öffentlichkeit wird dort nun die Frage diskutiert, weshalb denn ein so mächtiger Staat wie der indonesische durch eine solche Berichterstattung gefährdet sein könne und welche Rolle die in Indonesien als „deutsche Mafia“ bezeichnete Gruppe, nämlich die Clique um Forschungsminister Habibie, und die deutschen Firmen Ferrostaal und Bremer-Vulkan-Neptun-Werft bei dieser drastischen Zensurmaßnahme gespielt haben.

Die Bundesregierung war bisher sehr zurückhaltend: Es sind uns keine konkreten Maßnahmen und Forderungen in bezug auf diese Verletzung von demokratischen Rechten bekannt. Das Image von deutschen Wirtschaftsunternehmen in der indonesischen Öffentlichkeit hat durch diese Vorgänge sehr gelitten. Deutsche Unternehmen gelten zunehmend als brutale Geschäftsmacher, ohne jede Skrupel und Moral.

Das Verbot der Zeitungen *Tempo*, *Editor* und *Detik* stellt für einen möglichen politischen „Frühling“ in Indonesien und für die Intellektuellen einen großen Verlust dar: Sie waren die wichtigsten und populärsten Presseorgane, die Werte wie die Humanisierung und Demokratisierung der indonesischen Gesellschaft auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Sie bildeten das wichtigste Forum für alle diejenigen, die für eine Liberalisierung und Reform der Gesellschaft eintreten.

Angesichts der Tatsache, daß ein Handel mit der BRD der Anlaß für das Verbot der Zeitungen war, ist die Bundesregierung geradezu in der Pflicht, bei der indonesischen Regierung gegen diese Einschränkung der Pressefreiheit massiv Einspruch zu erheben.

Wir fordern Sie dazu auf, auf dem Außenministertreffen der EU- und ASEAN-Staaten Ende September in Karlsruhe dieses Problem auf den Tisch zu bringen und der indonesischen Regierung konkrete Sanktionsmaßnahmen anzudrohen, wenn sie das Verbot der Zeitungen nicht umgehend aufhebt.

Wir wünschen Ihnen bei Ihren Bemühungen viel Erfolg und wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns über deren Ergebnisse möglichst bald informieren würden.

Mit freundlichen Grüßen

G. Vogel“
(aus: CL-Netz)

Dev-Sol-Funktionär in Frankreich verhaftet

Das Özgür Halklar Komitesi (Informationszentrum für freie Völker e.V.) teilt am 15. September mit:

„Dursun Karatas, ein führendes Mitglied der Befreiungsbewegung Devrimci Sol, wurde am Freitag, den 9. September 1994 an der französisch-italienischen Grenze festgenommen. Mit ihm wurden auch die Rechtsanwältin Zerrin Sari und Kemal Kayar festgenommen. Am 12.9. wurde er in Anwesenheit seiner Rechtsanwältin, Irene Terrel, dem Haftrichter vorgeführt und mit der Begründung der illegalen Einreise, des Besitzes gefälschter Dokumente und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verhaftet.

Seine politische Identität hat den unbeugsamen Kampf der Befreiungsbewegung Devrimci Sol entscheidend mitgeprägt. Im Kampf gegen die Gewaltherrschaft der Türkischen Republik wurden nach dem Militärputsch 1980 über tausend Sympathisanten der Devrimci Sol angeklagt. Der Prozeß dauerte elf Jahre und endete mit 200 Todesurteilen. Dursun Karatas konnte nach jahrelanger Haft 1989 aus dem Bayram-pasa Gefängnis fliehen. In Abwesenheit wird 1991 gegen ihn die Todesstrafe verhängt, die später in lebenslange Haft umgewandelt wurde.

Jetzt befindet er sich in den Händen der französischen Justiz, die darüber zu entscheiden hat, ob Dursun Karatas in die Hände der Folterer ausgeliefert wird oder nicht. Nach einer Stellungnahme des obersten Polizeipräsidenten der TR, Mehmet Agar, ist das Rechtshilfersuchen für die Auslieferung in Vorbereitung. In diesem Fall wäre Dursun Karatas in unmittelbarer Lebensgefahr. Um eine Auslieferung zu erzwingen, sind die Behörden der TR dabei, den Fall zu „entpolitisieren“, mit der Absicht, damit den Artikel 3 des Europäischen Auslieferungsabkommens zu umgehen. Die in Frankreich gegen Dursun Karatas vorgebrachten Strafvorwürfe,

vor allem Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, dienen einzig und allein dem Versuch, kriminelle Handlungen zu unterstellen.“

Das Komitee fordert die Freilassung von Dursun Karatas und verlangt von der französischen Justiz, daß er nicht an die TR ausgeliefert wird.

Haider noch keineswegs geschlagen: Zugewinne bei Wahl

Bei der Landtagswahl in Vorarlberg am 18. September hat die nationalistische FPÖ 18,4 Prozent der Stimmen erzielt gegenüber 16,1 Prozent bei der vorigen Wahl. Sie ist damit vor den Sozialdemokraten zweitstärkste Partei geworden. Etwas überraschend war das Ergebnis, weil Haider nach dem deutlichen Referendum in Österreich für einen EU-Beitritt — die FPÖ hatte zu einem Nein aufgerufen — politisch geschwächt erschien. Nachdem auch die mehr liberal angehauchte FPÖ-Abspaltung Liberales Forum wie schon in drei anderen Bundesländern nicht die Fünf-Prozent-Hürde erreichte, ist nun mit einem hohen Wahlergebnis für die Haider-Partei bei den Nationalratswahlen am 9. Oktober zu rechnen.

Die entsprechenden Umfrageergebnisse lauten: SPÖ 40%; ÖVP 29%; FPÖ 18%; GRÜNE 7%; Liberales Forum 4%; andere 2%. — (alk)

Schnelle Eingreiftruppe in Italien

Auch schnelle Eingreiftruppen haben jetzt ihre Toskanafraktion. Dort soll nämlich eine französisch/spanisch/italienische Task Force aufgebaut werden, wie der italienische Verteidigungsminister Previti verkündete. Überhaupt wird das italienische Militär um und vor allem aufgerüstet. Der Wehrpflichtigenanteil wird von 215000 auf 125000 fast halbiert — durch eine schrittweise Verkürzung des Grundwehrdienstes von jetzt zwölf auf sechs Monate. Dafür werden die Zeitsoldaten verfünffacht, von 21000 auf 125000. Als Lockmittel ist die bevorzugte Übernahme in den Staatsdienst geplant. Vor allem neue Waffensysteme werden Geld verschlingen. So soll der Rüstungsetat von 1,63 % auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts steigen, während sonst angesichts der enormen italienischen Staatsverschuldung Sparen angesagt ist, so z.B. eine massive Renten kürzung. Previti begründete sein Gesetzesvorhaben mit den großen internationalen Verpflichtungen und insbesondere mit der islamischen und afrikanischen Gefahr sowie der Rolle Italiens in EU und UNO. Quelle: „la Repubblica“, 6. August 1994 — (B.M. in: CL/Frieden/Rüstung am 9.9.94)

Rationalisierung: Gruppenarbeit

Firma Bosch blockt selbst „Reförmchen“ ab

Welchen Weg nimmt die Rationalisierung in den Konzernen? Kommt die Roll-back-Strategie, die die zunehmende Massenarbeitslosigkeit und den Konkurrenzdruck als Gunst der Stunde nutzt, um die Kontrollen zu verschärfen, Hierarchien auszubauen, Poren des Arbeitstages zu schließen, Arbeitsbedingungen zu deregulieren, Betriebsräten ihre Rechte streitig zu machen und Gewerkschaften aus den Betrieben auszusperrern?

Oder greift der Rationalisierungstyp um sich, der — um weltweit den Wettbewerb zu gewinnen z.B. durch Null-Fehler-Qualität — auf Qualifizierung der Produktionsarbeiter setzt (Verbesserung), der die Trennung von planender und ausführender Tätigkeit aufhebt, der den Produktionsteams Autonomie zubilligt, der Betriebsräte im Stil vergangener Jahre einbindet und auf Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften setzt?

Gewerkschafter und Betriebsräte müssen sich mit diesen Themen befassen, weil sie die Richtung der Rationalisierung durchaus in den Grenzen der kapitalistischen Profitwirtschaft beeinflussen können. Eine Gewerkschaftspolitik der Verweigerung ist mit Aussicht auf Erfolg derzeit nicht durchzuhalten.

Ein wichtiger Bestandteil des Rationalisierungskonzepts „schlanke Fertigung“ ist die Einführung von Gruppenarbeit. Gruppenarbeit soll ermöglichen, schnell und flexibel auf Kundenwünsche zu reagieren bei größtmöglicher Qualität und geringsten Kosten. Welche Rechte soll nun die Gruppe erhalten? Der Bosch-Konzern ist im Gegensatz zu Mercedes-Benz und Opel nicht bereit, auch nur geringe Entscheidungsbefugnisse an Teams zu delegieren.

Sondern im Stil des Herr-im-Haus-Standpunkts krempelt Bosch die Organisation um und blockiert Vereinbarungen mit dem Konzernbetriebsrat:

○ So hat Bosch im Werk Waiblingen die Gruppe der Meister beseitigt. Die Be-

fürchtung unter den Industriemeistern in den anderen Werken ist groß, daß dies der Anfang vom Ende war. Schon hat die Geschäftsführung angekündigt, daß das Meisterbild sich stark wandeln müsse.

○ An allen Standorten wird der Einbezug von Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten unter die direkte Regie der Produktion betrieben. Dies stößt auf Widerstand in den Facharbeiterabteilungen, die einen Verlust ihres betrieblichen Fachsehens befürchten. Auch hier ist die Frage, wie der Einbezug funktioniert: Werden die Werkzeugmacher und Mechaniker in den Streß der Fertigung als qualifizierte Arbeiter abgeordnet, um zusätzlich zu Reparaturen und Werkzeugbau als „Malocher“ die Maschinen zu bedienen, oder bilden sie zusammen mit Produktionsarbeitern und Ingenieuren Teams, um die Verfahren und die Techniken zu verbessern? Werden sie zu spezialisierten Spezialisten in der Produktion an bestimmten Transferstraßen oder Bearbeitungszentren ohne Chance auf Weiterbildung, oder werden sie ausgebildet, im Team fachübergreifende Probleme zu lösen, und nehmen dazu an einem breiten Schulungsprogramm teil?

Die Frage scheint zuungunsten der Beschäftigten entschieden zu sein. Deshalb hat sich Anfang September die zuständige Arbeitsgruppe des Konzernbetriebsrats in einer Information an die Belegschaft gewandt und berichtet, daß trotz aller Bemühungen und Kompromißbereitschaft des Konzernbetriebsrats die Firmenseite nicht zu einer Vereinbarung bereit ist, die folgenden Forderungen des Konzernbetriebsrats entgegenkommt:

- Wahl des Team-/Gruppensprechers durch die Team-/Gruppenmitglieder.
- Keine Vorgesetztenfunktion des Sprechers.
- Verdienstsicherung und Abgruppierungsschutz für die Gruppen.
- Ausschuß betriebsbedingter Kündigungen bei Teamarbeit.



○ Aufgabenbeschreibung des Disziplinarvorgesetzten (z.B. des Meisters).

○ Finanzieller Anteil der Gruppe am Erfolg.

Warum verweigert die Bosch-Geschäftsführung die Wahl des Gruppensprechers und besteht darauf, daß er Disziplinarvorgesetzter ist? Weil Bosch trotz aller vollmundigen Versprechungen den Produktionsarbeitern mißtraut. Mit der Bestimmung des Gruppensprechers zum Disziplinarvorgesetzten will Bosch die Kontrolle in die unterste Ebene der Hierarchie ausweiten. Ist bislang der Meister als Disziplinarvorgesetzter für fünfzig bis 200 Arbeiterinnen und Arbeiter zuständig, soll zukünftig die Gruppe nur noch maximal 15 Personen umfassen. Der Gruppensprecher soll als Ausführungsorgan der Werkleitung direkt an den Arbeitsplätzen für Ordnung sorgen. Der Kommandoweg wird kürzer, und der Zugriff der Manager wird direkter. Reibungsverluste zwischen den Hierarchieebenen werden abgebaut.

Damit setzt sich Bosch sogar in Gegensatz zum Arbeitgeberverband VDW/VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V., Verein Deutscher Werkzeugmaschinen e.V.). Der hat zusammen mit der IG Metall Grundsätze zur Gruppenarbeit erstellt, empfohlen und verbreitet, wo es heißt: ○ Die Gruppensprecher sollen durch

die Gruppe gewählt werden. Ihre Amtsdauer soll zwischen ein und zwei Jahren betragen.

Der Konflikt bei Bosch spitzt sich an der Frage Wahl oder Bestimmung des Gruppensprechers zu. Das ist eine gefährliche Vereinfachung, denn selbst bei einer Wahl wären die Auswirkungen der Rationalisierung keineswegs gebremst. So stellt sich die Frage, wer über den „Gruppenauftrag“ entscheidet, wer die Personalplanung macht, an welcher Leine die Gruppen geführt werden. Auch wenn der Gruppensprecher gewählt ist, kann er trotzdem als verlängerter Arm des Vorgesetzten handeln. Die Arbeitsgruppe überwindet zwar die Vereinzelung der Arbeitenden gleichzeitig wird sie aber zur kollegialen Kontrollinstanz des Betriebes. Betriebsräte, die mitbestimmen dürfen werden als Co-Manager eingebunden Und bei aller Euphorie über Gruppenarbeit darf man nicht vergessen, daß die Anwendungsgebiete von Gruppenarbeit noch sehr begrenzt sind. Arbeitsintensive Tätigkeiten wie Montagearbeiten (Bandsystem) sind von den Qualifizierungsmaßnahmen und Teambildungen noch weitestgehend ausgeklammert. — (rkw)

Verwendete Quelle: Rationalisierung im Übergang, von M. Schumann u.a. in: WSI-Mitteilungen 7/1994, S. 405 ff.



Stuttgart. Zur konstituierenden Sitzung des Gemeinderats versammelten sich ca. 60 städtische Beschäftigte vor dem Sitzungssaal zu einer Protestaktion gegen die neue Sparrunde in der Stadtverwaltung. Aufgerufen hatten ÖTV-Vertrauensleute und Personalarbeiter; es kamen vor allem Beschäftigte aus dem Jugendamt und den Kindertagesstätten, um die Pläne zur Privatisierung des Reinigungsdienstes anzugreifen. — (Bild: mok)

Druckindustrie will Tarifabschluß unterlaufen

Hamburg. In einigen Betrieben der Druckindustrie sind den Betriebsräten vom Verband der Druckindustrie Nord (VDN) erarbeitete Betriebsvereinbarungen vorgelegt worden, mit denen die vereinbarte Einführung der 35-Stunden-Woche ab 1.4.1995 unterlaufen werden soll.

„... wegen der damit verbundenen Kosten (und den damit verbundenen Wettbewerbsnachteilen) mit der Folge drohender Arbeitsplatzverluste“ sollen die Betriebsparteien vereinbaren, „daß für die ersten 10 Überstunden pro Beschäftigtem und Kalendermonat keine Überstundenzuschläge gemäß § 8 MTV zu zahlen sind“.

Ferner sollen die Betriebsräte auf ihr Mitbestimmungsrecht bei der Genehmigung von Überstunden verzichten und ihre Zustimmung pauschal für die besagten ersten 10 Überstunden pro Beschäftigtem im voraus erteilen. Damit würde den Unternehmern praktisch auf betrieblicher Ebene ein Freibrief gegeben, die Tarifvereinbarung über die Arbeitszeitverkürzung nicht durchzuführen.

Wie die IG Medien in einem Schreiben an die Betriebsräte mitteilt, entsprechen solche Betriebsvereinbarungen nicht der tarifvertraglichen Vereinbarung. Die IG Medien erklärt, daß kein Grund besteht, solche Vereinbarungen abzuschließen. Sie will den Betriebsräten in Kürze eine Handlungsanleitung geben, anhand derer die Arbeitszeitverkürzung verteidigt werden kann. — (ulj)

„Beschäftigte standen wie eine Eins“

Köln. Die Stimmung nach dem Streik ist „blendend“ erklärte der Kölner Vertreter der Gewerkschaft NGG, Henrik Zudema gegenüber der Redaktion der Lokalberichte Köln. Der positive Streikverlauf macht die Tür zu einer Tarifeinigung auf. „Das Diktat der Arbeitgeber wurde durchbrochen“ erklärt die Gewerkschaft in einer Erklärung an die Beschäftigten. Die Tarifkommission der Gewerkschaft hat jetzt die Urabstimmung über den Abschluß eingeleitet. Die Einigung sieht vor, daß der Manteltarifvertrag erstmal bis zum 31. Mai 1995 verlängert ist. Die Tarife werden ab dem 1. Oktober um 2,3% erhöht

Wahlrechtskampagne

„Jeder hat eine Stimme!“

Am 16. Oktober findet in Köln, organisiert von der „Aktion Doppelbürger“, eine Bürgerbefragung zur Erweiterung und Stärkung der Bürgerrechte für ausländische Mitbürger und Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft statt.

Schon einmal führte die „Aktion Doppelbürger“ im Oktober 1993 in nur einem Kölner Stadtteil eine solche „Wahl“ durch: 3000 Menschen stimmten damals mit „Ja“ für das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft. Das Ergebnis wurde allen 662 Bundestagsabgeordneten mitgeteilt. Ein großer Teil der Abgeordneten sprach sich damals für die Forderung aus, aber geschehen ist nichts. 1 Million Unterschriften wurden im gesamten Bundesgebiet gesammelt und der Bundesregierung übergeben. Gesetzentwürfe der SPD und der Aus-

länderbeauftragten dazu wurden trotzdem auf Eis gelegt und werden in dieser Legislaturperiode nicht mehr behandelt. Der Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz, den die PDS/Linke Liste einreichte, wurde von allen Parteien abgelehnt.

Nun nimmt die „Aktion Doppelbürger“ einen erneuten Anlauf: Eine Abstimmung vor möglichst allen Kölner Wahllokalen — immerhin ca. 250 Stück — soll mehr Stimmen mobilisieren, mehr Öffentlichkeit schaffen, mehr Druck ausüben. Wer als Wahlhelfer aktiv werden will, ist eingeladen zu einer „Wahlhelfer-Party“ am 30.9. im Zelt auf dem Rudolphplatz. — (u.b.) Kontakt zur „Aktion Doppelbürger“ e.V.: c/o Ev. Gemeinde Köln-Lutherkirche, Martin-Lutherplatz 4, 50677 Köln.

DVU-Kundgebung in Passau

DVU-Zentrale in München unter Druck

Bekanntlich sitzt der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Frey in München in der Paosstr. 2 und betreibt von hier seine rechts-extremistischen Aktivitäten, ohne daß es bisher gelungen wäre, diese wesentlich einzuschränken. Er sammelt nach wie vor Geld von alten und jungen Kameraden.

In einem — hier dokumentierten — Brief ruft er zu großzügigen Spenden auf, um hauptsächlich die DVU-Großkundgebung mit einem „aufwendigen Prozeß“ durchzusetzen. Im Klartext heißt dies insbesondere, einen bayerischen Richter zu finden, der diese Demonstration faschistischer Politik unter das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung stellt — einen Tag vor der Landtagswahl in Bayern. Auf dieser Kundgebung am 24.9. soll Schirinowskij sprechen, der aber von der Bundesregierung kein Einreise-Visum erhalten hat. Ebenso weitere 19 rechte Abgeordnete aus seiner Duma-Fraktion. Die Stadt Passau klagte gegen die Durchführung der Veranstaltung wieder einmal erfolglos. Der Bayerische Verwaltungsrichtshof in München lehnte die Klage ab. — (dil, jöd)

O-Ton Frey: „Sehr geehrter Herr ..., die Meinungsindustrie verstärkt derzeit den Druck gegen unsere gerechte Sache.“

Vertrauensvoll schildere ich Ihnen die Lage:

1. Die DVU-Großkundgebung ... wird durch vielseitige, teils rechtsbrecherische Methoden erschwert. Sollen Spitzenanwälte unser Recht auf Versammlungsfreiheit in aufwendigen Prozessen durchsetzen, müssen wir enorme finanzielle Mittel aufbringen. Um die Einreise von Wladimir Schirinowskij, der auch als Redner auftreten soll, zu ermöglichen, müssen zahlreiche Hürden genommen werden. Obwohl wir im Recht sind, versuchen unsere Gegner, die DVU finanziell auszutrocknen. Auch meine Mittel sind natürlich begrenzt.
2. Ferner erfahre ich, daß ernstzunehmende Bemühungen laufen, das Erscheinen unseres neuen Werkes *Verheimlichte Dokumente Band 2* zu verhindern ...
3. Boykottaufrufe gegen *Deutsche National-Zeitung* und *Deutsche Wochen-Zeitung* nehmen ständig zu.“

und durch einen Nullmonat auf 2,1 % gesenkt. Immerhin hat die Gewerkschaft nur über ein Jahr abgeschlossen, so daß im nächsten Jahr die Gewerkschaft die Auseinandersetzung um Manteltarif und Lohnstarif wieder gemeinsam führen kann. — (aus Lokalberichte Köln)

Kurdenprozesse gehen weiter Harte Linie der Justiz

München. Allein in Bayern wird derzeit gegen ca. 800 KurdInnen im Zusammenhang mit Protesten gegen das Verbot der Newrozfeiern ermittelt. Während bei Prozessen in Baden-Württemberg wegen der Autobahnblockade bei Mannheim Bewährungsstrafen verhängt wurden, bleibt die bayerische Justiz, gedeckt von der Regierung, auf ihrer harten Linie.

Wenige Tage vor dem 3. Prozeß gegen einen Kurden im Zusammenhang mit der verbotenen Newrozfeier in Augsburg erkrankte dessen Verteidiger. Der Antrag auf Verschiebung der Verhandlung wurde abgelehnt, stattdessen ein Pflichtverteidiger berufen, der somit keine Möglichkeit hatte, sich in den Fall einzuarbeiten. Obwohl auch dieser für einen Freispruch plädierte, wurde der

Kurde zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

In einem weiteren Prozeß vor dem Jugendschöffengericht wurde ein 18-jähriger kurdischer Asylbewerber zu einer Jugendstrafe von neun Monaten auf zwei Jahre Bewährung verurteilt. Er soll durch Trommeln und Handzeichen andere Kurden am Verlassen des Platzes gehindert und so den Tatbestand des Landfriedensbruches erfüllt haben.

Und weil er bei seiner Festnahme mit einem Holzknüppel Widerstand geleistet haben soll, muß ein 22-jähriger Kurde für 22 Monate ins Gefängnis.

Der in den Medien aufgeputschte Vorwurf des Mordversuchs gegen einen Kurden, der Polizeibeamte mit Benzin übergossen haben soll, wurde bei einer Vorverhandlung des Schwurgerichts Augsburg nicht zur Verhandlung zugelassen. Die Beweise des Staatsanwalts waren dem Richter zu dürftig. Die Staatsanwaltschaft, die in den bisherigen Prozessen trotz mangelhafter und zum Teil fehlender Beweise Verurteilungen erreichte, muß nun neue Fakten vorlegen.

Die nächsten Prozesstermine sind am 29.9. (1. Verhandlungstag), 30.9. (2. Verhandlungstag) und am 10.10.94. — (sts)



Bild: af/mz

Hamburg

Hackmann geht, die Polizeiführung bleibt

Vor gut eineinhalb Jahren zog ein Autor in der Zeitschrift *Geheim* in einem Aufsatz über die Hamburger Polizei das Resümé: „Die nach außen hin weltoffene und vermeintlich liberale Hansestadt verabschiedet sich — gedeckt und forciert durch die SPD-Politiker in Senat und Bürgerschaft — langsam, aber sicher vom Rechtsstaat. Der Trend zum Polizeistaat ist beängstigend real.“

Der Rücktritt des bisherigen Innensensors Hackmann widerlegt diese Bewertung nicht, er bestätigt sie.

Ausgelöst wurde der Rücktritt dadurch, daß ein schon Monate zurückliegender rassistischer Angriff von zwei Polizeibeamten auf einen Afrikaner und die anschließende Vertuschung enthüllt wurden. Es scheint, daß Hackmann hier und in anderen Fällen, so im Zusammenhang mit brutalen Polizeigrößen gegen Demonstrierende auf einer Haider-Kundgebung, auflief, abgeblockt von einer sich politischer Kontrolle weitgehend entziehenden Polizeiführung. Sein Rücktritt kommt einer Kapitulation gleich vor den Folgen einer Entwicklung, die er selbst nicht zum wenigsten mitzuverantworten hat.

Er war es, der 1991 das neue „Sicherheits- und Ordnungsgesetz“ (SOG) durch die Bürgerschaft peitschte und so u.a. dafür sorgte, daß illegale Polizeimethoden legalisiert und die Polizei zu geheimdienstlichem Vorgehen und zu weitreichenden Eingriffen in Grundrechte ermächtigt wurde. Er hat sich lange vor die für ihre zügellose Gewalt berüchtigte E-Schicht an der Polizeiwa-

che 16 gestellt. Er war zumindest mitverantwortlich, daß polizeiliche Übergriffe und Mißhandlungen auf Menschen ohne deutschen Paß vertuscht, geduldet und damit begünstigt wurden. Er hat damit der Verselbständigung des Polizeiapparates und der damit unvermeidlich einhergehenden Brutalisierung Vorschub geleistet.

Die Fraktion der GAL hat als erste die Themenkomplexe formuliert, die ein zu bildender Parlamentarischer Untersuchungsausschuß — über dessen Einrichtung noch nicht beschlossen wurde — zu behandeln habe: Sie reichen vom jüngst bekannt gewordenen Angriff auf den Afrikaner über andere Übergriffe bis zur Informationspolitik und den Weisungsstrukturen der Innen- und Justizbehörde.

Die Reaktionen der politisch Verantwortlichen auf den Rücktritt Hackmanns lassen bisher jedoch gründliche Änderungen nicht erwarten. Bürgermeister Voscherau suspendierte 27 Polizeibeamte, darunter die 24 Angehörigen des Einsatzzuges Mitte, dem seit langem rassistische Übergriffe vorgeworfen werden. Die rechtlich wohl kaum haltbare Maßnahme nimmt sich aber eher aus wie eine Entlastungsaktion für die Polizeiführung, deren Abblocken in mehr als einem Fall die Züge eines regelrechten Putschs trägt. Kommen sie in ihrer Verantwortung für die systematischen Übergriffe gegen vor allem Ausländer und die politische Opposition davon, dann hat sich der Trend zum Polizeistaat enorm beschleunigt haben. — (scc)



Essen. In etlichen Städten fanden in den letzten Wochen Aktionen der Bauarbeiter statt. Ihre Wut richtet sich gegen die Streichung des Schlechtwettergeldes. Ab 1995 soll es ganz wegfallen, wenn es bei der von der konservativ-liberalen Bundesregierung durchgesetzten Gesetzesänderung bleibt. Das Bild wurde am 3.9. 1994 in Essen aufgenommen. — (Foto: M. Scholz)

Im Spinnennetz der HEW

Broschüre von Umweltinitiativen zum 100. Geburtstag des Hamburger Strom-Monopolisten

Im „electrum“, dem Museum der Elektrizität im Klinikweg, zeigt sich Museumsbetreiber HEW von seiner Schokoladenseite. Im Erdgeschoß sieht man Benjamin Franklin seinen Drachen steigen lassen und Luigi Galvani läßt die Froschschenkel zucken. Im zweiten Stock zeigt die HEW Omas Hausgeräte. Jedem soll klar werden, daß die Geschichte des elektrischen Stroms eine des Fortschritts ist. Im dritten Stock wird dann darauf hingewiesen, daß auch die von der HEW mitbetriebenen Atomkraftwerke im Hamburger Umland zu dieser Erfolgsgeschichte dazugehören.

Selbstkritik ist nicht gerade die starke Seite der HEW. Deshalb haben sich anlässlich des 100jährigen Jubiläums der HEW andere ins Zeug gelegt, um für die notwendige kritische Begleitmusik zu sorgen. Eine Reihe von Umweltinitiativen haben kürzlich eine Broschüre „100 Jahre HEW – ein alternativer Bericht“ herausgegeben. Trotz des etwas steifen Stils ein durchaus lesenswertes Heft von 44 Seiten.

Die Umweltinitiativen arbeiten zum einen die Geschichte der HEW aus verschiedenen Perspektiven auf: Die HEW wurde 1894 als rein privatkapitalistisches Unternehmen gegründet. Sofort bekam sie von der Stadt Hamburg gegen eine Produktionsabgabe und Gewinnbeteiligung die Konzession zur Elektrizitätsversorgung zugestanden. Damit entschied der Senat gegen die dezentrale Versorgung mit Blockkraftwerken, deren Leitungen die Straßen nicht überqueren durften. Stattdessen waren die Weichen gestellt für eine zentralistische Stromversorgung durch einen einzigen Monopolisten – eine Konstruktion, die nicht nur Linke und Alternative erschauern lassen müßte, sondern auch aufrechte Marktliberale, so es solche nach hundert Jahren Monopolismus noch geben sollte.

Ab 1914 beteiligte sich die Stadt an der HEW, zunächst mit 50 Prozent des Aktienkapitals, heute hält die Stadt über Umwege drei Viertel der HEW-Aktien. Gleichwohl blieb die Grundstruktur eines profitorientierten, kapitalistischen Unternehmens erhalten, der Senat freut sich über die jährlichen saftigen Dividenden. Als Monopolunternehmen setzte die HEW auf Expansion nach innen und außen. Richtung Altona, Wandsbek und Harburg dehnte sich die HEW bereits vor dem Groß-Hamburg-Gesetz der Nazis aus dem Jahre 1937 aus. Die Nazis sicherten auch 1935 mit dem Energiewirtschaftsgesetz die bis dahin entstandenen Gebietsmonopole der wenigen großen Energieversorgungsunternehmen ab.

Die HEW profitierte seit den dreißiger Jahren immer wieder von dem rassistisch-imperialistisch überformten Kapitalismus der Nazis und der Nachkriegswirtschaftsordnung. Für die Arbeiten am neuen Kraftwerk in Alt-Garje wurden ab 1941 immer wieder Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge eingesetzt. Mit den Ausländern und Widerstandskämpfern machte die SS zum Nutzen der HEW nicht viel Federlesens. So wurde im Dezember 1944 ein Häftling trotz schweren Fiebers, Rippenfellentzündung und Geschwüren zur Arbeit geschleppt. Sicher kein Einzelfall. Doch die Forderungen von Überlebenden, für ihre Torturen entschädigt zu werden, ließ die HEW bisher stets abblitzen.

Die Nachkriegsordnung sorgte zwar dafür, daß solche Zustände auf deutschem Boden unmöglich wurden, obwohl viele der alten Top-Manager der HEW in Lohn, Brot und Butter blieben. Aber in der Peripherie werden weiter-

hin auf Kosten von Mensch und Umwelt billige Rohstoffe für die Industrie der sogenannten entwickelten Nationen produziert. Die Broschüre der Umweltinitiativen macht das vor allem anhand der Urangewinnung deutlich. Die großen Uranfördergebiete der Welt liegen in der sogenannten Dritten Welt oder in den Reservaten nordamerikanischer Indianer. Die HEW bezieht den größten Teil ihres Jahresbedarfs von 4500 Tonnen Uran aus Kanada. Das Uranerz wird dort ohne Rücksicht auf Verluste auf dem Gebiet der Cree-Indianer an der kanadischen Hudson-Bay abgebaut. Die 12000 Indianer sind dem beim Abbau entstehenden radioaktiven Rodon-Gas und verseuchtem Wasser

produziert wird. Dabei ist heute das Gebiet der Indianer bereits mit Wasserkraftwerken verschandelt. Kein Wunder, daß sie derzeit um ihre Unabhängigkeit von Kanada kämpfen. Sie fordern unter anderem: „Das Uran muß in der Erde bleiben.“ Alte Tabus verbieten bei den Cree wie bei anderen Naturvölkern, es anzutasten.

In Deutschland wurde der Energie- und Rohstoffverbrauch, der die Ausbeutung von Ressourcen in der sogenannten Dritten Welt erzeugt, auch von der Politik massiv gefördert. Die Hamburger Sozialdemokraten setzten beispielsweise in den sechziger Jahren auf eine ziemlich phantasielose Industrialisierung der Unterelbregion. Rohstoff-

sten der Kleinverbraucher jährlich mit 80 bis 120 Mio. Mark subventioniert.

Mit den Atomkraftwerken erreichte der Widerspruch zwischen individueller Aneignung und Entscheidung einerseits und gesellschaftlicher Produktion andererseits eine neue Dimension. Dachte man früher bei diesem Widerspruch vor allem an die ungerechte Verteilung des Profits, kam nun die Dimension des Risikos hinzu, das einzelne mit ihren Entscheidungen der gesamten Gesellschaft auferlegten. Und zwar ein neuartiges Risiko, das im Gegensatz zu den klassischen Risiken weder versicherbar noch eingrenzbar ist. Solche Risiken dürfen nach Ansicht der Autoren der Broschüre nur bei einem gesellschaftlichen Konsens eingegangen werden. Da der nicht bestünde, müßten die Atomkraftwerke abgeschaltet werden.

Neben den Unfallrisiken und den Gefahren der Niedrigstrahlung ist bei Atomkraftwerken vor allem das Problem der Endlagerung des radioaktiven Mülls problematisch. Das deutsche Atomgesetz schreibt für das Betreiben von Atomkraftwerken einen gesicherten Entsorgungsnachweis vor. Der ist längst zur Makulatur verkommen. Mittlerweile wird auch die Zwischenlagerung als Entsorgungsnachweis anerkannt. In Ahaus, Greifswald, Gorleben und eventuell in Wackersdorf soll der Strahlmüll in Transportbehältern in einfachen Lagerhallen abgestellt werden. Die Entsorgung auch der HEW-Atomkraftwerke ist nur noch auf dem Papier gesichert.

Im nächsten Jahr läuft der Atomwaffensperrvertrag aus. Deutschland hat aufgrund seiner Nuklearindustrie genug Plutonium und Know How, um derzeit die Atombombe zu bauen. Auch die HEW trug zu beidem bei. Die militärischen Großmachtphantasien deutscher Nationalisten können daher je derzeit in die Tat umgesetzt werden.

Die notwendige Energiewende ruht für die Umweltinitiativen auf drei Pfeilern: Es soll Energie gespart werden durch Kraft-Wärme-Kopplung bei spielsweise in Blockheizkraftwerken soll die Energieerzeugung rationeller werden, und regenerative Energien müssen verstärkt zum Zuge kommen. Die profitorientierte HEW hat aber heute an nichts von dem Interesse. Deshalb fordern die Autoren der Broschüre, HEW und Gaswerke zu einem staatlichen Dienstleistungsunternehmen zusammenzufassen. Statt möglichst viel Energie zu verkaufen, um Profit zu machen, sollen diese Stadtwerke dann gebrauchswertorientiert wirtschaften – d. h. dafür sorgen, daß jeder eine warme Bude und Licht in seiner Wohnung hat, ohne daß Mensch und Umwelt dabei über Gebühr geschädigt werden. Energieberater würden dann durch die Haushalte, Wohnungsunternehmen und Betriebe ziehen, um Energiesparlampen, Kraft-Wärme-Kopplung und sparsame Energieanwendung zu propagieren. Die Initiativen rechnen vor, daß so die Atomkraftwerke im Hamburger Umland, ohne die gegenwärtige Wirtschaftsordnung fundamental anzutasten, noch 1996 stillgelegt werden könnten.

(thomas kilian, aus: Lokalberichte Hamburg)

Bestelladresse für die Broschüre: Anti-Atombüro / Gewaltfreies Aktionsbündnis

Tel.: 040 / 3909222

oder: Robin Wood

Tel.: 040 / 3909556

beide:

Nernstweg 32, 22765 Hamburg



praktisch schutzlos ausgeliefert. In Deutschland wird eine solche Umweltverschmutzung bei der Rohstoffgewinnung nicht mehr geduldet, wie die Schließung der Uranminen in Wismut zeigt. Nur durch menschen- und umweltverachtende Produktionsmethoden kann der Rohstoff auf dem Land der Ureinwohner und in der Dritten Welt konkurrenzlos billig abgebaut werden. Ähnliches gilt freilich auch für Bauxit, Kupfer, Zinn und auch Bananen.

Auch für die angeblich umweltfreundliche Energieversorgung mit Wasserstoff sollen Ureinwohner wie die kanadischen Cree bluten. Es ist z. B. geplant, den Wasserstoff aus Strom zu gewinnen, der aus großen Wasserkraftwerken an den Flüssen des Stammes

und energieintensive Grundstoffindustrie wie Stahl, Aluminium, Kupfer, Chlor- und Petrochemie sollte im Großraum Hamburg angesiedelt werden. Senat und HEW setzten und setzen diese Vorgaben aus grauer Vorzeit auch nach ihrem Veralten konsequent um. Sie trieben den Bau von angeblich billigen Atomkraftwerken voran, und sie subventionierten diese Dreckschleudern und Energiefresser. Derzeit zahlen beispielsweise die Hamburger Aluminiumwerke ganze 2,8 Pfennig pro Kilowattstunde Strom. Der Durchschnittshaushalt zahlt fast das Zehnfache. Während die Haushalte damit mit die höchsten Strompreise in der Bundesrepublik haben, wird der Großverbraucher Hamburger Aluminiumwerke auf Ko-

Landtagswahlergebnis in Brandenburg — wie weiter bei der PDS?

Von
Bernhard Tschernig

Die Paukenschläge von Sachsen und Brandenburg hallen nach — vor allem in verschiedenen Kommentaren, weshalb welche Partei, welche Person wieviel Prozent von welchem Wählertyp erhalten hat, weshalb sich wer aus den Landesparlamenten verabschieden mußte und wie welche Partei nun in den Parlamenten wirken könnte oder sollte.

Ich will dem keine weitere (unmaßgebliche) Interpretation hinzufügen, sondern mich auf das beschränken, was für uns, die PDS in Brandenburg, zunächst einmal auf der Hand liegt: Die PDS hat gegenüber den Landtagswahlen 1990 5,3% zugelegt auf nun 18,7%, sie hat die Ergebnisse der Kommunalwahl '93 und der Europawahl — alle Bedenken über Vergleichbarkeit einmal außer acht gelassen — in etwa bestätigt, ebenso die Wahrscheinlichkeit, wieder in den Bundestag einzuziehen, wenn noch einmal kräftig „gearbeitet“ wird.

An Stimmen zugelegt, aber keine Direktmandate

Das alles wurde von den Mitgliedern mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Für die Oppositionsrolle — und die wollte die Partei ja einnehmen — hat der Wähler der PDS ausreichend Plätze im Landtag gegeben. Enttäuscht waren nur jene, die die PDS im Geiste schon bei 25% sahen. Zu bedenken bleibt für uns aber, daß unsere Kandidaten es in keinem der 44 Direktwahlkreise geschafft haben, vorn zu sein. SPD und Landesvater Stolpe, soweit das Auge reicht...

Noch drei wichtige Zahlen und dann keine mehr: Bis zum Mittag waren in Brandenburg landesweit 21,4% der Bürger wählen gegangen, 1990 waren das 67,1%, zehn Prozent mehr, als diesmal überhaupt bis zum Abend an der Wahlurne erschienen. Man muß sich das mal auf der Zunge zergehen lassen: Die ersten fünf Jahre der Volkskammer der

Niedrige Wahlbeteiligung

DDR waren spannend. Danach kamen 35 Jahre unsäglich parlamentarischer Langeweile. Die Leute hatten Heißhunger aus diesen Jahrzehnten auf öffentlichen Streit in den Parlamenten, auf Kampfabstimmungen und anderes Gedröhn. Dieser Appetit ist ihnen offenbar innerhalb von vier Jahren vergangen! Nein, da gibt es bei uns keine „historische“ Schadenfreude nach dem Rezept: „Das haben wir Euch ja immer gesagt über bürgerlichen Parlamentarismus“. Diese Partei der Nichtwähler fällt auch uns auf die Füße, auch wir haben sie nicht erreicht, haben sie nicht für gesellschaftliche Angelegenheiten engagieren können. Offensichtlich waren wir bei unseren Kundgebungen und Sommerfesten, zu denen tausende kamen, auf denen Kluges gesagt wurde und prächtige Stimmung herrschte, doch zu sehr unter uns. Diejenigen, die desinteressiert sind oder resigniert haben — sie sind auch zu uns nicht gekommen.

Und kann man die große Mehrheit für Stolpe bei den Wählern nicht auch in ähnlicher Weise sehen: „Jetzt mal Schluß mit dem parlamentarischen Gesülze, hier hast Du unsere Stimmen zu einer satten Mehrheit, und nun mach mal endlich was draus für uns!“

Was die PDS betrifft, mündet das zunächst in Bekanntem. Im Landtag wird es eine sehr kritische Opposition geben. Das Wahlergebnis fordert dazu auf, keinerlei falsche parlamentarische Rücksichten zu nehmen. Sachbezogene Mitarbeit auch aus der Opposition heraus, wo das im Interesse der Bürger ist. Aber eine SPD-Regierung, die durch keinerlei Koalitionsrücksichten gehindert ist, muß immer wieder auf die Realisierung ihrer Wahlversprechen konsequent geprüft werden, und das in aller Öffentlichkeit. Wir kennen sie ja, die „gute alte SPD“...

Die Landtagsfraktion der PDS hat zum Ende dieser ersten Wahlperiode eine Bilanz ihrer Arbeit veröffentlicht: Welche Gesetze und Beschlüsse hat sie

in den vier Jahren eingebracht und durchgesetzt, woran hat sie mitgewirkt, was ist nicht erreicht worden. Sie wird eine solche Bilanz auch in der kommenden Wahlperiode mehr als einmal vorlegen. Ohne durch parlamentarische Existenz erzwungene Öffentlichkeit geht es eben nicht mehr in der Mediengesellschaft.

Das Nicht-Wahlverhalten von hunderttausenden Brandenburgern macht aber auch eindringlich klar, daß es viel

müssen wieder Zeit und Kraft für die tagtägliche Arbeit in den Kommunen, in Vereinen und Verbänden finden, ihren Mitmenschen zuhören und mit ihnen reden können, mit ihnen leben. Und das eben nicht wegen der Partei, sondern sich selbst und ihrer Mitmenschen wegen.

„Alternativen sind machbar“ ist sicherlich eine etwas abstrakte Losung. Aber abstrakt oder konkret — Worte und Argumente müssen in der Tat bewiesen werden. Wir müssen Alternativen leben, soweit das heute möglich ist. Das gilt über alle Wahltage hinaus.

Die PDS bleibt eine „Partei für den Alltag“

leicht doch Wichtigeres gibt als Wahlen und Parlamente. Unsere Mitglieder

Bernhard Tschernig ist Pressesprecher der PDS Brandenburg

Gegen die Verdrängung von Frauennamen

Berlin. Das Berliner Abgeordnetenhaus hatte 1993 sein Domizil im Rathaus Schöneberg verlassen und übersiedelte in den Ostteil der Stadt, konkret in den extra hierfür wiederhergestellten Preußischen Landtag. Doch einen Schönheitsfehler hat der Preussische Landtag. Seine Adresse lautet: Niederkirchner Straße. Das soll sich ändern. Vorgeschlagen ist der einfallreiche Name „Am Preussischen Landtag“. Gegen die Umbenennung macht u. a. der Frauenkreis 8. März mobil. Am 28. 9. 1944, also vor 50 Jahren, wurde Käthe Niederkirchner im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück ermordet. „Bereits von frühester Jugend an setzte sie sich für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung ein, sie leistete Widerstand gegen den Faschismus und protestierte gegen den Abbau demokratischer Rechte. 1932 wurde sie während des BVG-Streiks als Rednerin in einer Frauenversammlung verhaftet und als ‚Auslandsdeutsche‘ ausgewiesen. Aus dem sowjetischen Exil heraus ließ sie sich im Oktober 1943 als Kundschafterin mit dem Fallschirm hinter der deutschen Front absetzen. Schon auf dem Weg zu ihrem Einsatzort Berlin wurde sie von der Gestapo entdeckt und verhaftet...“ Der Frauenkreis 8. März ruft auf zur Protestkundgebung am 28. September, 17 Uhr, Ecke Niederkirchner-/Wilhelmstraße, Berlin-Mitte. — (har)

ORWO der westdeutschen Konkurrenz geopfert

Wolfen/Sachsen-Anhalt. In der Filmfabrik ORWO wurde vor 55 Jahren der erste Farbfilm der Welt produziert. Diese traditionsreiche Firma, in der zu DDR-Zeiten rund 15000 Personen beschäftigt waren, wird am 31. 3. 95 noch 67 Beschäftigte haben. Dies ist das Ergebnis von fünf Jahren praktizierter Treuhandaufsicht.

Am 7. September fand die letzte Betriebsversammlung statt. Von den noch etwa 750 Beschäftigten werden 300 durch Teilprivatisierungen weiterhin einen Arbeitsplatz haben. Ebenso viele werden über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder andere Fördermaßnahmen des Arbeitsamtes für ein bis maximal drei Jahre mit Sanierungsarbeiten

beauftragt und teilen somit das Los von bereit 2700 ehemaligen ORWO-Beschäftigten. Die durchschnittliche Abfindung nach 40 Jahren Betriebszugehörigkeit wird etwa 7500 Mark betragen. Geradezu „beneidet“ werden die rund 100

Wilhelm-Pieck-Straße bleibt trotz Protesten umbenannt



Berlin. Die „Wilhelm-Pieck-Straße“ bleibt in „Torstraße“ umbenannt. Proteste der Anwohner und ein Antrag der PDS-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung auf Rückbenennung hatten keinen Erfolg. Inzwischen hat auch das Verwaltungsgericht die Umbenennung für rechtens erklärt. Die nächste Namensänderung soll den „Marx-Engels-Platz“ treffen. Nach den Vorstellungen von Verkehrssenator Haase (CDU) soll er spätestens ab nächstem Jahr „Schloßplatz“ heißen. Einmal mehr greift der Senat hier mithilfe des Hauptstadtschlusses in die Befugnisse des Bezirks ein, der gegen die Umbenennung ist. Die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat ein Änderungsgesetz zum Straßengesetz eingebracht. Danach sollen Umbenennungen in der Zuständigkeit der Bezirke bleiben und Bürgerbefragungen durchgeführt werden. — (har)

Beschäftigten, die bereits mit 54 in den Vorruhestand gehen können und 80% des Verdienstes erhalten.

Das Aus für ORWO hat System. Bereits vor Jahren wurde in der Treuhand die Auffassung vertreten, daß Deutschland keine zwei großen Filmproduzenten brauche. Nach Angaben des Betriebsratsvorsitzenden hat die Treuhand jede Investition verweigert und ORWO gezielt sterben lassen. Dem mußte sich wohl auch der einstige Ministerpräsident Bergner (CDU) unterordnen, der leichtsinnigerweise 20 Mio. Mark für Investitionen versprach, dann aber einen Rückzieher machte. Auch verschiedene Interessenten aus dem Ausland wurden listig vom Kauf abgebracht. Der große Gewinner ist wieder einmal die BASF — ihr gehört die Konkurrenz, die Filmfabrik Agfa. Quelle: verschied. Ausgaben des „ND“ von August und September — (har)

Verschuldung nimmt zu

Berlin. Die Deutschen haben 4 Billionen Mark auf der sogenannten hohen Kante. Nur einen ganz kleinen Bruchteil davon wünschen sich sicherlich die 120000 Berliner Haushalte, die hoffnungslos überschuldet sind und deren Anzahl beängstigend schnell zunimmt. Jede Woche wird beispielsweise in Ostberlin 200 Haushalten der Strom abgedreht. In Westberlin waren es 1993 rund 19000. Allein im Bezirk Hohenschönhausen (Ostberlin) erhalten Woche für Woche etwa 25 Haushalte Räumungsklagen, wird 45 Haushalten der Strom abgestellt. Folge: Wegen Überschuldung gab es in diesem Bezirk schon 10 Selbstmordversuche. Die durchschnittliche Schuldensumme stieg von 5000-10000 Mark im Jahre 1992 auf 12000-23000 Mark im vergangenen Jahr.

Alleinige Gewinner sind die Banken. Die Schuldnerberatungsstellen verurteilen insbesondere ihr Verhalten. Sie kritisieren, daß die Banken durch massive Werbung Verschuldungen provozieren. Geraten Kunden dann in Probleme, werden die Bankkonten oftmals gekündigt. Dies hat in einigen Fällen wiederum zu Kündigungen am Arbeitsplatz geführt. Statt „sozialen Anstand“ zu zeigen, kassieren die Banken dann aufgrund der Direktzahlungen nochmals zusätzlich. — (har)

Sachsens Monarchie gefestigt

Die PDS konnte ihr Ergebnis aber wesentlich verbessern

Mit einer massiven „Biedenkopf-Wahl“ konnte die CDU ihre absolute Mehrheit bei der Landtagswahl in Sachsen ausbauen und alle 60 Direktmandate gewinnen. Nur 3 Mandate fehlen ihr an der Zweidrittelmehrheit im Landtag. Als Opposition stehen den 77 Abgeordneten der CDU nur noch die SPD und die PDS mit 22 bzw. 21 Sitzen gegenüber.

Seit der Wahl hat es viel Diskussion und Schuldzuweisungen gegeben. Die FDP kämpft vergeblich um eigenes Profil, selbst in Kommunen, wo sie den Bürgermeister stellt und die stärkste Fraktion im Stadtrat, erzielte sie nur wenig mehr als 3% der Listenstimmen.

Die Bündnis 90/Grünen erhielten ihren letzten Stoß einen Tag vor der Wahl mit großen Schlagzeilen in den Tageszeitungen über eine beabsichtigte Koalition mit der CDU.

Am meisten Sorgen machen die Nichtwähler, immerhin etwa 42%. Dabei ist auffällig, daß vor allem in kleineren ausgeprägten Industriestädten Wahlbeteiligungen von nur knapp 40% erreicht wurden.

Das Problem für die CDU ist, daß das Wahlergebnis im wesentlichen durch die Person Biedenkopfs erreicht wurde. Die Direktbewerber erhielten bis auf wenige Ausnahmen (Innenminister

Heinz Eggert) bis zu 10% weniger Stimmen als die Liste. Nach dem Amtsverzicht des bisherigen Fraktionschefs Gollasch geht nun die Suche nach geeigneten Personen los.

Lange Gesichter gab es bei der SPD. Sie war darauf angewiesen, mit einer sehr geringen Zahl von Parteimitgliedern große Massen zu mobilisieren, ohne diese Situation real zu sehen. Am schwersten zu verdauen ist für sie der Umstand, daß die PDS fast gleichgezogen ist.

Einer der Gewinner dieser Wahl war die PDS. Sie erreichte gegenüber 1990 absolut 70000 Stimmen mehr. In den Wahlkreisen betrug der Stimmenzuwachs zwischen 3,6 und 10,3%. In 24 der 60 Wahlkreise wurde sie zweitstärkste Partei. In 36 Wahlkreisen errangen die Direktkan-

didaten der PDS ein besseres Ergebnis als die Liste. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch Formfehler in 8 Wahlkreisen, davon alle 6 der Landeshauptstadt, keine PDS-Direktkandidaten auf dem Stimmzettel standen.

Hauptproblem für die PDS bleibt weiterhin das Stadt-Land-Gefälle. Erreichten die Parteien CDU, SPD und PDS im Wahlkreis Leipzig 1 49,3% zu 19,5% zu 21,7%;, sieht das Ergebnis im Wahlkreis Leipziger Land 1 folgendermaßen aus: 58,2% zu 20,1% zu 14,7%.

Die Hauptaufgabe für die kommende Bundestagswahl besteht für die PDS jetzt darin, erneut alle ihre Wähler zu mobilisieren und ein ähnliches oder besseres Ergebnis (gegenüber den Europawahlen wurden 58000 Stimmen eingebüßt) zu erreichen.

Für die neugewählte Land-

tagsfraktion, ihr gehören 10 bisherige Landtagsabgeordnete und 11 neue an, beginnt nun die schwere Aufgabe, mit ihrer Rolle im neuen Landtag klar zu kommen. Die schwere Geburt bei der Konstituierung der Fraktion, der Vorsitzende wurde erst im dritten Wahlgang mit knapper Mehrheit gewählt, macht deutlich, daß dies keine leichte Aufgabesein wird.

Zum Fraktionsvorsitzenden wurde der PDS-Landesvorsitzende Prof. Peter Porsch im dritten Wahlgang mit 13 zu 8 Stimmen gewählt. Zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden Angela Schneider und Klaus Bartl, bisheriger Fraktionsvorsitzender, gewählt; Parlamentarischer Geschäftsführer ist erneut Detlef Wehnert, und die Funktion der Schatzmeisterin bekleidet Maria Gangloff.

Als Mitglieder für das Landtags-Präsidium wurden Brigitte Zschoche und Christine Ostrowski vorgeschlagen.

Auf einer zweitägigen Klausurtagung am 23. September bzw. 25. Oktober wird sich die neugewählte Fraktion über die Struktur der parlamentarischen Arbeitsweise, über die Besetzung der Ausschüsse, über die Anzahl und das Aufgabengebiet von Arbeitskreisen sowie über deren Vorsitz verständigen. — (sta)



Wi(e) der ein Land der Junker? (!)

Lutz Scherling zum „Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz“, zu Bodenreform und Junkern

Die Auseinandersetzung um die künftigen Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft wurden wohl in den zurückliegenden vier Jahren in keinem anderen Bundesland mit solcher Schärfe und Emotionsgeladenheit geführt wie in Mecklenburg-Vorpommern. Kein Wunder, stehen doch in dem agrarisch geprägten Land seit dem Anschluß der DDR nahezu 500000 Hektar land- und weitere 250000 Hektar forstwirtschaftliche Flächen zur Disposition. Dieser ehemals volkseigene Grund und Boden stammt aus der Bodenreform und wird durch die Treuhandanstalt bzw. deren Bodengesellschaft zum Zwecke der Privatisierung verwaltet.

Im Einigungsvertrag und im Artikel 143 des Grundgesetzes ist festgeschrieben, daß Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage nicht rückgängig gemacht werden können. Die Bodenreform wurde also bei der Herstellung der deutschen Einheit als historisches Ergebnis des zweiten Weltkrieges anerkannt. Seither wird der Einigungsvertrag in der Bodenfrage torpediert. Das Objekt der Begierde der Erben und Erbeserben der Junker und Großgrundbesitzer sowie kapitalkräftiger Landwirte aus dem Westen sind die aus der Bodenreform stammenden Flächen.

Der politische Kampf für die Unantastbarkeit der Ergebnisse der Bodenreform ist in erster Linie ein Kampf für die legitimen Rechte der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und den anderen ostdeutschen Bundesländern, die in der Landwirtschaft tätig sind. Sie sollen den Boden behalten, den sie vierzig Jahre lang bewirtschafteten und dessen Wert sie gesteigert haben.

Eine eigenständig bestimmte Agrarstrukturpolitik wird zuallererst mit der Bodenfrage entschieden. Sind die „alten Herren“ erst zurück, haben sie bald

auch wieder das Sagen in den Dörfern, und die hiesigen Bäuerinnen und Bauern werden moderne Mägde und Knechte.

Das neue Gesetz

Deshalb tritt die PDS vehement gegen einen Rechtsanspruch auf Rückerwerb von Bodeneigentum im lange umstrittenen „Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz“ (EALG) ein. Das Verknüpfen von Entschädigungs- bzw. Ausgleichsleistungen für Bodenreform-Enteignete mit der Verwertung der ehemals volkseigenen landwirtschaftlichen Flächen hat fatale Folgen. Es ist der juristische Winkelzug, um die Enteignungen Stück für Stück und damit die Bodenreform als Ganzes gegenstandslos werden zu lassen. In dieses Konzept paßt der Gedächtnisverlust von Gorbatschow, der über diese Frage „auf seiner Ebene“ nie etwas gehört habe. „Die UdSSR hätte bei den Verhandlungen über die Herstellung der deutschen Einheit die Unantastbarkeit der besatzungsrechtlichen Enteignungen zwischen 1945-1949 nicht zur Vorbedingung gemacht.“

Also wäre das Bundesverfassungsgericht bei seinem Bodenreformurteil vom 23. April 1991 von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Diese Äußerung des Ex-Staatsmannes hatte dann auch den gewünschten Initialeffekt, um die Kritiker des Gesetzes im Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag am 31. August 1994 kompromißfähig zu stimmen.

Nun wird das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode die Bonner Abstimmungsmaschinerie durchlaufen.

Im Ergebnis dessen haben die Junker und deren Nachkommen nun doch den Rechtsanspruch auf den Erwerb von Bodenreformland. Dem dient das Land-

erwerbsprogramm, welches einzig und allein für diese Personengruppe vorgesehen ist. Pro Hektar durchschnittlicher Güte brauchen sie lediglich 3000 DM zu zahlen. Der Verkehrswert ist bedeutend höher. Das ist besonders bemerkenswert in Anbetracht der Tatsache, daß nur wenige Begünstigte das Land selbst bewirtschaften werden. Die meisten werden Jahr für Jahr lediglich die Bodenrente in Form der Pacht abschöpfen, ohne dafür auch nur einen Finger zu krümmen.

Obwohl Bund, Länder und Kommunen hoch verschuldet sind, verzichten die Regierenden und die SPD gegen die Interessen der Allgemeinheit auf dauerhafte Pachteinahmen zu Gunsten der Bodenreformenteigneten.

Der eigentliche Kompromiß betrifft das Siedlungskaufprogramm. Es regelt im Kern die Verwertung des ehemals volkseigenen Grund und Bodens. Während ursprünglich die juristischen Personen und ihre Gesellschafter von dieser günstigen Bodenerwerbsmöglichkeit ausgeschlossen bleiben sollten, sind sie nunmehr einbezogen. Die SPD und auch die CDU-geführte Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern feiern das als ihren Erfolg.

Die augenscheinliche Gleichbehandlung aller Betriebsformen ist bei näherem Hinsehen jedoch eine erneute Ungerechtigkeit.

Wenn in einer eingetragenen Genossenschaft beispielsweise 30 Landwirte zusammenarbeiten, so dürfen sie nicht mehr Boden als ein einziger Einzelbauer begünstigt einkaufen.

Nach dieser Regelung können die 704 LPG-Nachfolgeunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, die im Durchschnitt 1130 ha bewirtschaften, nur etwa ein Achtel der Wirtschaftsfläche über das Siedlungskaufprogramm erwerben.

Süffisant wird inzwischen von regie-

rungsamtlicher Seite erklärt, daß sich die Unternehmen ja nur teilen brauchen, um in den Genuß von mehr Eigentumsland zu gelangen.

Beabsichtigt ist also offensichtlich auch über diesen Weg die weitere Zersplitterung von Gemeinschaftsunternehmen. Das ist die politische Nötigung zur Betriebsauflösung.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits angekündigt, sich 1995 erneut mit der Bodenreform zu befassen. Bekanntlich ein Jahr ohne Wahlen. Nicht über die Festlegungen des Einigungsvertrages, sondern über das EALG wird dann befunden. Der jetzige Kompromiß steht sozusagen vor Gericht.

Man muß kein Prophet sein, um vorher zu sagen, daß der Kampf um den ostdeutschen Grund und Boden mit unverminderter Härte weitergeführt wird.

Diverse „Alteigentümer“, die mit Hilfe der Verpachtungspraxis der Treuhandanstalt bereits wieder in Mecklenburg-Vorpommern sesshaft sind, werden nichts unversucht lassen, ihre Gier nach Eigentum und Macht zu stillen. Sie verbindet das Ziel, die Bodenreform für Unrecht zu erklären und ihre Länder möglichst in vollem Umfang zurückzuerhalten.

Der Protest und der Widerstand gegen die Aushebelung der Bodenreform muß sowohl in den Parlamenten, aber vor allem auch außerhalb fortgesetzt werden. Unser Anliegen ist es, das Nutzungsrecht am landwirtschaftlichen Boden für die einheimischen Landwirtschaftsunternehmen dauerhaft zu sichern, damit Mecklenburg-Vorpommern nicht wieder zu einem Land der Junker und Gutsbesitzer wird.

Lutz Scherling ist Direktkandidat der PDS für den Bundestag im Wahlkreis 263 Schwerin-Hagenow. Sein hier abgedruckter Artikel erschien am 8. September auch im „Neuen Deutschland“.

Der Widerstand in Osteuropa

Auch für Millionen Menschen in den EG-Ländern ist das eine Lebensfrage

Von Judith Dellheim

Die Malerin Heidrun Hegewald formulierte treffend: „Europa durchzieht ein Kreuz. Nord – Süd. Ost – West.“

Deutschland liegt in Mitteleuropa und in Deutschland gibt es die PDS. „Wir – mitten in Europa“ ...

Zu unseren zahlreichen, unzulänglich genutzten Vorzügen gehören Sensibilität für die Völker Osteuropas, Kontakte und Freundschaften mit Menschen in den einstigen Bruderstaaten der DDR, Kompetenz bezüglich dortiger Probleme von gestern und heute.

Diese Erfahrungen, Bindungen und Kenntnisse sind vonnöten, geht es um den Kampf für die Lösung menschlicher Existenzprobleme, der ohne eine sozialistische gesamteuropäische Linke nicht wirksam geführt werden kann.

Widerstand in Osteuropa gegen Degradierung und Marginalisierung, gegen Armut, Ressourcen-, Kultur- und Naturzerstörung ist auch für Millionen Menschen in den EG-Ländern zu einer Lebensfrage geworden. Diese nimmt für breite Bevölkerungskreise in den osteuropäischen Staaten sehr konkrete Züge an: Entsprechend der Angaben nationaler Statistiken leben in Bulgarien ca. 54 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, über 40 % in Rußland, nachdem dieser Grenzwert dort wesentlich gesenkt wurde, ca. 20 % in Tschechien, Ungarn und in der Slowakei, ca. 43 % in Polen und etwa die Hälfte der rumänischen Bevölkerung. Über die Nachfolgestaaten Jugoslawiens wage ich gar nicht zu sprechen.

Die traurigen Einzelschicksale, die sich hinter all diesen Daten verbergen, betreffen insbesondere Frauen, Kinder und Jugendliche, Menschen in höherem Lebensalter und nationale Minderheiten. Besonders tragisch ist der Lebensabend zahlreicher Opfer des deutschen Faschismus, die heute in den Ex-Sowjetrepubliken zum Betteln gezwungen sind. Was müssen die denken und fühlen, wenn sie heute auf den Büchertischen Hitlers „Mein Kampf“ sehen?

Nicht wenige von diesen leidgeprüften Menschen mußten ihr Überleben von deutschen Konzentrationslagern mit Leiden im GULAG bezahlen. Auch das gehört zur Geschichte des Sozialismus.

Die Ressourcensteuerung in diesem System erfolgte vorrangig über mehr oder weniger mit der Schattenseite verquickte Staatsmonopole, die die Wirtschaft bis zur Unfähigkeit steuerten, die einfache Reproduktion zu realisieren. Diese Ressourcensteuerung mußte mit Repressionen und Naturzerstörung verbunden sein.

Zum Zeitpunkt der endgültigen politischen Umbrüche in den ehemaligen RGW-Mitgliedsländern traten folgende Tatsachen zu Tage:

Es gab einen Hunger nach Wohnungen sowie Konsumgütern und Leistungen, ohne die das Leben in einer Gesellschaft mit ressourcensparender Wirtschaft nicht funktionieren kann.

Die mehrheitlich veralteten und physisch verschlissenen Produktionsfonds konnten unter den Bedingungen erdrückender Auslandsschulden nicht mehr aus eigener Kraft ersetzt werden.

Die ökologischen Schäden hatten dramatische Ausmaße angenommen, eine gesunde Bevölkerungsreproduktion konnte nicht mehr gesichert werden.

Angesichts des offensichtlichen

Bankrotts, jahrzehntelanger Entmündigung und dieses Waren- sowie Leistungsmangels sahen Bevölkerungsmehrheiten keine Perspektive mehr für den Sozialismus. Sie wollten nicht mehr experimentieren. Mangelndes Selbstvertrauen einerseits und Illusionen andererseits waren fruchtbarer Boden für solcherart Logik: „Wir sind ein rückständiges, unzivilisiertes Land. Wir müssen nach Europa gelangen bzw. zurückkehren. Der Westen wird uns dabei helfen, denn er freut sich doch auf das Ende des Blockkonflikts. Wir werden bald westlichen Wohlstand haben. Nur müssen wir dem Westen zeigen, daß wir nicht zurück zum alten System wollen.“

Allein schon diese Gedanken kritisieren eigentlich das untergegangene System.

Szenarien und ihre Folgen

Unter den genannten Bedingungen hatten es IWF und Weltbank leicht, ihr Ziel zu erreichen: Zerstörung der ökonomischen Grundlagen für eine zum Kapitalismus alternative Gesellschaftsentwicklung. Seine Auflagen, an deren Erfüllung Kreditgewährung und Schuldenstreichung gebunden waren, waren eindeutig eben darauf gerichtet. Das angewandte Szenario ist immer das Gleiche: Zunächst wurde Liberalisierung der Wirtschaft gepredigt, d.h. insbesondere Preisfreigabe, Abschaffung des Außenhandelsmonopols, Zerschlagung des Systems der staatlichen Planung und Leitung. Bei einer hochkonzentrierten und -monopolisierten, vom Weltmarkt weitgehend abgeschotteten Wirtschaft mußte das zu Preistreiberei und zum Zusammenbruch des Finanzsystems sowie zum Riß von Kooperationsketten und zur Verkomplizierung der Zahlungsbilanz führen, zum Kollaps der sowieso kaputten Wirtschaft. Und „im Interesse des Marktes“ mußten Kombinate und Großbetriebe zerklüftet werden, weil das ja „Monopole“ waren. Dann hieß der Schlachtruf „Privatisierung“, denn erst „richtige Eigentümer“ sorgen für einen effektiven Ressourceneinsatz.

Schattenwirtschaftler und gewendete Nomenklatura-Leute griffen sich, was sie greifen konnten. Spekulation, Prellerei und Räuberei feiern Hochkonjunktur. „Selber dran schuld, wer die Gunst der Stunde nicht zu nutzen versteht!“

Die noch staatlichen Betriebe bzw. Unternehmen mit Staatsanteil und überhaupt die Produzenten werden zur Kasse gebeten. Denn trotz der beschriebenen Folgen wurden nun Bilanzen und Zirkulationskategorien zu den entscheidenden Orientierungsgrößen. Die Steuerregelungen befördern Bankrott-Wellen und provozieren Steuerhinterziehungen. Die staatliche Haushaltspolitik läßt häufig den Regionen nicht einmal das Lebensnotwendige, was wiederum Partikularismus, Gebietsabtrennungen, Egoismus und Nationalismus befördert.

Wer irgendwie über eine ökonomische Machtstellung verfügt, nutzt diese, um anderen Ressourcen zu nehmen. Bezogen auf die russische Wirtschaft heißt das zum Beispiel: Die Grundstoffindustrie nimmt dem Schwermaschinenbau, der Schwermaschinenbau dem Leichtmaschinenbau, der der Leichtindustrie,

die Landmaschinenproduzenten und Verarbeiter landwirtschaftlicher Produkte nehmen der Landwirtschaft. Das Hauptinstrument ist die Preispolitik.

Zu den Folgen dieser Ressourcenabschöpfung gehören begünstigte Entsolidarisierung von Lohnabhängigen und fortschreitende soziale Differenzierung bei durchschnittlich sinkendem Lebensniveau.

Neue Gewerkschaften entstehen, die Gruppeninteressen vertreten. Insgesamt aber gibt es kaum sozialen Widerstand gegen die Politik der Zerstörung. Die Ursachen sind im Erbe des untergegangenen Systems, in Überforderung und fehlenden überzeugenden Alternativen zu finden. Das befördert Verfall.

Dieser zeigt sich vor allem in gravierenden Produktionsrückgängen, in der Zunahme aller für den Staatssozialismus typischen ökonomischen Disproportionen, im Zerfall der gesamten sozialen Infrastruktur. Die sowieso schon besonders dramatischen Produktionskürzungen in der Landwirtschaft und Leichtindustrie und Wohnungsbau werden weiter angepeitscht durch die einschneidenden Realeinkommensverluste der Bevölkerungsmehrheit, insbesondere infolge von Erwerbslosigkeit.

Arbeitsplatzverlust bewirkt Verlust grundlegender Sozialleistungen, die im Staatssozialismus an den Betrieb und die betriebliche Gewerkschaft gebunden waren. Wohnungsprivatisierung heißt wachsende Obdachlosigkeit. Privatisierung von Leistungen für die Bevölkerung bedeutet Ende garantierter Ausbildung und medizinischer Betreuung.

Keine „konzeptionellen Fehler“, sondern Konzeption

Naiv ist, wer diese Tatsachen, die wesentlich mit der Umsetzung von IWF- und Weltbank-Auflagen verbunden sind, mit „konzeptionellen Fehlern“ erklären will. Erstens waren die oben aufgezeigten Folgen der Liberalisierungs- und Privatisierungsforderungen einfach logisch. Zahlreiche seriöse Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Politikerinnen und Politiker hatten davor gewarnt. Zum zweiten waren die praktizierten Methoden erprobt: Jeffry Sachs von der Universität Harvard, der das polnische Memorandum nach lateinamerikanischen Erfahrungen verfaßte, hatte schon vor Jahren für Pinochet die chilenische Wirtschaft kaputt saniert. Bevor Sachs das polnische Memorandum dann für die russische Regierung um- bzw. abschrieb, hatte die Bevölkerung in unserem östlichen Nachbarland schon unter Rückgängen der Industrieproduktion von 40 % zu leiden.

Setzen wir das Nationaleinkommen des Jahres 1990 = 100, also ignorieren wir bereits Nationaleinkommensverluste in den Vorjahren, so betrug es Ende 1993 82,9 für Polen, 80 für Tschechien, 82,3 für die Slowakei, 80,2 für Ungarn, 71,9 für Bulgarien, 64 für Rumänien und 63,7 für Rußland. Das hat insbesondere zur Konsequenz, daß die Arbeitslosenrate 1993 für Polen 15 %, für die Slowakei 18 %, für Tschechien 6 %, für Ungarn 16 %, 18 % für Bulgarien und 12 % für Rumänien betrug. Für diese Länder weist nunmehr Portugal bezüglich der staatlichen Gesundheitsausgaben und

der Kindersterblichkeit traumhafte Kennziffern auf.

Entwertung menschlicher Arbeitskraft

Die Entindustrialisierung in Osteuropa geht, wie gezeigt, einher mit einer galoppierenden Entwertung menschlicher Arbeitskraft: Setzen wir die durchschnittlichen westdeutschen Monatslöhne 1992 = 100 %, so betrugen sie für Bulgarien 2,8 %, 5,1 % für die ehemalige Tschechoslowakei, 6,9 % für Polen, 2,0 % für Rumänien, 8,9 % für Ungarn. Die Arbeitskraft in der Landwirtschaft wurde weit unter den nationalen Lohndurchschnitt gedrückt. Dabei gibt es in Osteuropa Unterernährung, sogar Hunger, und Lebensmittelknappheit. Aber die hochleistungsfähige ungarische Landwirtschaft „mußte“ verschwinden, weil sie genossenschaftlich und international konkurrenzfähig war. Das störte einflußreiche EG-Kreise.

Die sozialen Folgen dieser Politik waren vielleicht nicht ganz so gewollt, zum einen wegen möglicher Gesellschaftskonflikte mit nicht kalkulierbaren Konsequenzen. Zum anderen, weil doch neue Märkte im Osten erschlossen werden sollen, die aber zahlungsfähige Nachfrage voraussetzen. Doch letztendlich ging es darum, wie eingangs schon erklärt, schnellstmöglich die ökonomischen Grundlagen für eine „nicht genehme“ Gesellschaftsordnung zu vernichten.

Nachdem die Mächtigsten des Finanzkapitals also erfolgreich in Osteuropa zerstört und Arbeitskraft entwertet haben, wird nun Produktion, zum Beispiel aus Deutschland, nach Osteuropa ausgelagert. Zuvor hatten die Auslagerer die DDR-Wirtschaft mehr oder weniger gekonnt in die Kapitalstrukturen der Alt-BRD eingepaßt und Ostdeutschland wesentlich entindustrialisiert. Nun predigen sie der Bevölkerung Verzicht zur Rettung des Industriestandortes Deutschland. Die „Standortdebatte“ ist also keineswegs von der Problematik Osteuropa losgelöst. Das „scheue deutsche Kapital“ (die Ossis werden sich gleich an ein einstiges Staatsoberhaupt erinnern) hat nämlich seinen Machtbereich ausgedehnt, hat auf Grund der zugriffsbereiten osteuropäischen Ressourcen sowohl mehr und neue Möglichkeiten für Produktionsstandort-Entscheidungen erhalten als auch Druckmöglichkeiten. Verzichten zum Beispiel die AEG-Werker unter dem Eindruck angedrohter Produktionsauslagerung nach Tschechien und Ungarn auf Lohn und Sozialleistungen, begünstigen sie die Kapitalakkumulation, die die Produktionsauslagerung sogar noch schneller ausmacht. Diese muß der Bevölkerung in Tschechien und Ungarn insgesamt überhaupt nicht helfen. Werden zum Beispiel wegen Produktivitätssteigerungen und Lohnverzicht in Deutschland andere deutsche Waren mit solch gewaltiger Wucht auf die Binnenmärkte der osteuropäischen Länder geschleudert, können rasch weitere einheimische Produzenten ruiniert werden. Das entwertet nun wieder menschliche Arbeitskraft, was zum einen weitere Produktionsauslagerung für Kapital lukrativ macht, zum anderen den Druck auf Er-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13:
Widerstand in Osteuropa ...

werbstätige in diesen Ländern erhöht. Und wird dann auch noch die Weltmarktkonkurrenz insgesamt betrachtet, wäre zu resümieren: Es wird also so oder so stets von neuem der Wert der Ware Arbeitskraft, egal welcher Nationalität und wo auch immer, gedrückt. Der Raubbau an der Natur schreitet dabei voran. Ausländisches Kapital schafft inmitten zerstörter osteuropäischer Wirtschaft punktuell industrielle Oasen, die als Ressourcen- bzw. Zulieferer für Unternehmen der Metropolen dienen.

Dennoch brechen regionale Strukturen in Ländern der Metropolen und in Osteuropa zusammen. Diese Prozesse sind wiederum mit Produktionskonzentration und steigenden Transportaufwendungen verbunden. Entwertung der Arbeitskraft und Ressourcen, insbesondere von natürlichen, und wachsende Transportintensität bewirken erneut die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen.

Es ist also eine Lebensfrage, ob der Mär von der Bedrohung des Industriestandortes Deutschland bzw. Europas unter deutscher Hegemonie gefolgt wird. Denn diese ist eine spezifische Widerspiegelung kapitaldominierter Entwicklung. Deren Funktionsweise und Mechanismen müssen wir immer wieder aufzeigen, wollen wir zum Beispiel nationalistische Reaktionen auf Produktionsauslagerungen und Unter-Tarif-Beschäftigung von ausländischen Kolleginnen und Kollegen offensiv entgegenreten.

Es ist ebenso, wie schon bemerkt, eine Lebensfrage, ob sich die Menschen in Osteuropa wirksam gegen die herrschende Politik wehren und ob wir Solidarität mit ihnen organisieren können. Dabei ist es keineswegs eine Sache der PDS, für Osteuropa Rezepte zu entwickeln. Gerade unter dem Gesichtspunkt der tiefen Wirkungen der Entwicklungen für Osteuropa geht es um Konzepte und Aktionen, die die auf der Logik der Kapitalverwertung beruhenden gesellschaftspolitischen Strategien in Frage stellen.

Dazu gehören sowohl Kämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung hier und heute als auch die Diskussion zu Entwicklungsalternativen. Und da scheinen mir Forderungen nach Aufnahme der osteuropäischen Länder in die EG wenig hilfreich. Schließlich haben wir unsere Erfahrungen mit Illusionen, unter den gegenwärtigen Bedingungen Vereinigungsprozesse „sozial und ökologisch verträglich gestalten“ zu können. Eher kommt es darauf an, zu zeigen, daß andere, neue Lösungen gefunden werden müssen. Dazu gehört zum Beispiel eine derartige regionale, interregionale und internationale Integration, die die Erschließung und Nutzung kommunaler und regionaler Ressourcen und Entwicklungspotentiale ermöglicht. Diese müßte verbunden sein mit einer aktiven Strukturpolitik, orientiert an der Lösung sozialer, insbesondere beschäftigungspolitischer, und ökologischer Erfordernisse. Dazu ist zum Beispiel in unserem „wirtschaftspolitischen Diskussionsangebot“ für Berlin einiges mehr zu finden.

Dr. Judith Dellheim ist gewerkschaftspolitische Sprecherin des Landesvorstandes der PDS Berlin.

Den hier abgedruckten Beitrag für die gewerkschaftliche Konferenz der PDS in Hamburg im Sommer 1994 entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung der Verfasserin der Zeitschrift „betrieb & gewerkschaft, das offene diskussions- und informationsblatt der ag betriebe und gewerkschaften der pds“.

11 JAHRE KOHL-REGIERUNG:

ÄRGER OHNE ENDE?



Jetzt sind es schon 12 Jahre! Bilddokument aus: „Der Gewerkschafter“, Zeitschrift der IG Metall, Nr. 3/94

Europol — das europäische Kriminalamt etabliert sich

Von Hartmut Aden

Beim Treffen der europäischen Innen- und Justizminister Anfang September in Berlin stand einmal mehr der Aufbau des europäischen Kriminalamts Europol auf der Tagesordnung. Mitten im bundesdeutschen Wahlkampfgetöse verkündeten die Minister öffentlichkeitswirksam, was seit langem absehbar war: Europol soll nicht nur, wie zunächst beschlossen, den illegalen Drogenhandel bekämpfen, sondern darüber hinaus auch den internationalen Terrorismus, Menschenhandel, Nuklearschmuggel und andere Zweige der sogenannten „organisierten Kriminalität“. Die Europol-Konvention, die inzwischen in einer vollständigen Entwurfsfassung vorliegt, soll diese Erweiterung und insbesondere die im Rahmen der neuen Behörde in Den Haag geplanten zentralen EDV-Systeme verrechtlichen.

Staatsinstitutionen ohne Staat

In Europa werden neue Polizeistrukturen geschaffen, obwohl sich die „europäische Einigung“ aufgrund des Wiederaufflammens nationalistischer Tendenzen in einer Krise befindet. Daß die Europäisierung der Institutionen öffentlicher Sicherheit trotz dieser Krise weiter betrieben wird, liegt nicht nur an der offiziell immer wieder propagierten Befürchtung, gut organisierte Kriminelle könnten die Grenzöffnung zur Ausweitung ihrer Aktivitäten nutzen. Immer größere Bedeutung hat ein weiterer Aspekt erlangt, der mit nationalistischen Tendenzen ideologisch gut vereinbar ist: die Abschottung Europas ge-

genüber dem Einwanderungsdruck aus den armen Regionen der Welt und damit die Verteidigung des europäischen Wohlstandsniveaus. Diese Abschottungspolitik hat sich seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu einem dominierenden Faktor der innenpolitischen Kooperation in Europa entwickelt. Mit der in Berlin beschlossenen Ausweitung der Europol-Aktivitäten auf die sogenannte „Schleuserkriminalität“, die überhaupt nur existiert, weil es immer schwerer geworden ist, auf legale Weise in die europäischen Staaten zu gelangen, wird das neue europäische Kriminalamt in diese Strategie einbezogen.

Ob ein staatsähnliches europäisches Gebilde tatsächlich zentralstaatliche Institutionen der öffentlichen Sicherheit bräuchte, oder ob dezentrale Institutionen diese Aufgaben nicht ebenso gut oder besser wahrnehmen können, ist gar nicht ernsthaft erwogen worden. Aus der Sicht derjenigen, die eine Europäisierung und Internationalisierung der Polizeiarbeit für unabdingbar halten, bietet die Loslösung der Schaffung neuer Sicherheitsstrukturen von einer eventuellen Staatsgründung zudem einen weiteren Vorteil: Die Instrumentarien öffentlicher Kontrolle sind auf europäischer Ebene bisher nur so schwach entwickelt, daß sich neue Institutionen bei dem derzeitigen Machtvakuum wesentlich leichter schaffen lassen als dies in einem ausgebauten demokratischen System der Fall wäre. Die bescheidene Kompetenzausstattung des Europäischen Parlaments ist hierfür symptomatisch. Sollte es später zur Gründung eines demokratisch strukturierten europäischen Staates kommen,

so werden die einmal geschaffenen Sicherheitsinstitutionen bereits derart etabliert sein, daß ihre Abschaffung kaum mehr ernsthaft zur Diskussion gestellt werden kann.

Europol im Aufbau

Der Aufbau von Europol ist bereits weit vorangeschritten. Insbesondere führen die bundesdeutsche Polizeibeamte hatten schon seit geraumer Zeit Ambitionen, ein zentrales europäisches Kriminalamt nach dem Vorbild des deutschen BKA oder des US-amerikanischen FBI zu schaffen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre gehörte die entsprechende Forderung zum Standardrepertoire öffentlicher Äußerungen zahlreicher führender Polizeifunktionäre. Ihre guten Verbindungen zur politischen Führungsebene zahlten sich aus: Bundeskanzler Kohl schlug dem europäischen Rat in Luxemburg im Juni 1991 gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand die Gründung einer zentralen Stelle für die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels vor. Diese European Drug Intelligence Unit (EDU) war von vornherein als erstes Element eines europäischen Kriminalamts geplant.

Die Arbeit begann nicht erst, als sich die neue Behörde im Februar 1994 im ehemaligen Gebäude des zentralen niederländischen Kriminalamts CRI am Raamweg in Den Haag einzurichten begann. Bereits seit Mitte 1992 hatte ein Aufbaustab in Straßburg das neue Kriminalamt vorbereitet und sogar schon mit der Arbeit begonnen. Dabei stammten nicht nur die konzeptionellen Ideen

aus dem Umfeld des Wiesbadener BKA. Auch personell sicherte sich die deutsche Seite eine zentrale Einflußposition. Jürgen Storbeck, der Leiter der internationalen Dienststellen im BKA, wurde gezielt als prädestinierter Anwärter für die Position des Europol-Direktors „aufgebaut“. Er leitete bereits den Aufbaustab in Straßburg und ist nun provisorischer Direktor des neuen Amtes in Den Haag. Seine Chancen, auch der erste offizielle Europol-Direktor zu werden, stehen daher gut. Auffallend ist, daß die Vorbereitung der Europolarbeit nicht wie bei früheren Polizeikooperationsprojekten unbemerkt von der Fachöffentlichkeit vonstatten ging. Storbeck reiste als Leiter des Aufbaustabes monatelang zu Kolloquien und Vortragsveranstaltungen in ganz Europa und gab zahlreiche Presseinterviews. Dadurch wurde zugleich seine Position als „Macher“ des neuen Kriminalamtes und prädestinierter Direktor gefestigt. Stets sind diese Beiträge mit mehr oder minder differenzierten Warnungen vor einem Ansteigen internationaler Kriminalität, dem altbekannten Legitimationsmuster der neueren Polizeikooperationsprojekte, verbunden.

Lange bevor die Europol-Konvention ausgehandelt und ihre Ratifizierung auch nur in Sicht war, wurde damit begonnen, personenbezogene Daten über mutmaßliche Drogenhändler auszutauschen. Aufgrund der erwarteten Kritik von Datenschutzexperten griff man dafür auf einen Trick zurück: Man begann, die Daten nicht im Online-Verbund zu übertragen, sondern man versammelte bei Europol Verbindungsbeamte, die Zugang zu den Datenbeständen ihrer Herkunftsstaaten haben und die gewünschten Informationen mündlich an ihre Kollegen aus den anderen Staaten weiterleiten.

Das Vertrauen der Polizeipraktiker in Informationen, die sie von Kollegen bekommen, ist ohnehin größer als das in Online-Datenverbünde, die ihnen nur schematisierte Auskünfte liefern. Schließlich können die Kollegen neben der gewünschten Sachinformation auch ihr gesamtes Insider- und Erfahrungswissen über die Hintergründe des jeweiligen Falles einbringen. Daher gelten auch heute nicht die zentralen Datenverbünde, sondern die inzwischen in zahlreichen Bereichen tätigen Verbindungsbeamten unter Praktikern als erfolgreichstes Element der Polizeikooperation. Unter den 60 Bediensteten, die ab Februar 1994 den Aufbau in Den Haag fortführen, sind 20 Verbindungsbeamte aus den beteiligten Staaten.

Außerdem sehen die Europol-Protagonisten schon jetzt ihre Aufgabe darin, sogenannte „Lagebilder“ und Kriminalitätsanalysen zu erstellen. Sie sind die Grundlage für Handlungsempfehlungen an die zuständigen Innenpolitiker. Die Fachminister, die selbst nicht über das erforderliche Expertenwissen verfügen, segnen diese Vorschläge häufig nur noch ab.

Fortsetzung von Zentralisierungs- und Technisierungstendenzen

Der Aufbau von Europol ist kein isolierter Vorgang. Er setzt Zentralisierungstendenzen fort, die in den Nationalstaaten seit langem in Gang sind. Auffallend ist z.B. die Parallele zwischen dem Aufbau des deutschen BKA und von Europol: Zunächst als zentrale Informationsaustausch- und Koordinationsstelle konzipiert, war das BKA in den 50er und 60er Jahren eine kleine, aber stetig wachsende Behörde. Seit Anfang der 70er Jahre hingegen wurde das Amt bei jedem neu auftauchenden „Sicherheitsproblem“ weiter ausgebaut, insbesondere im Zu-

sammenhang mit der Terrorismusbekämpfung und der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels. Für die verantwortlichen Innenpolitiker war es stets bequem, sich auf die Experten in Wiesbaden zu verlassen; dies gilt auch für die sozial-liberale Regierungszeit, als der BKA-Ausbau zusätzlich der Ausweitung des innenpolitischen Einflusses der Bundesregierung diente. Die repressive Linie des Polizeiausbau ersetzte ursachenorientierte politische Lösungen. Eine ähnliche Entwicklung ist nun für Europol absehbar. Der Beschluß der EU-Innenminister, den Aufgabenkatalog bereits in der Europol-Konvention deutlich über den Drogenbereich hinaus zu erweitern, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

In allen europäischen Staaten sind die Polizeistrukturen während der letzten Jahrzehnte durch die Schaffung von Spezialdienststellen für bestimmte Delikte und durch den Aufbau großangelegter EDV-Systeme für die Fahndung wesentlich zentralistischer geworden. In den Niederlanden wurden z.B. die traditionell eigenständigen Gemeendepolizeien gerade in eine regionalisierte Zentralstruktur eingefügt. Auch auf der internationalen Ebene ist Europol nicht die erste und einzige Initiative zur Schaffung zentraler Polizeistrukturen. Nachdem Interpol als bereits seit den 20er Jahren bestehende internationale Polizeiinstitution es in den 70er Jahren abgelehnt hatte, sich an der Terrorismusbekämpfung zu beteiligen, wurden hierfür in Europa neue Strukturen gegründet, z.B. die *Police Working-Group on Terrorism* und der *Wiener Club*. In diesem Zusammenhang entstand auch die *TREVI-Gruppe*, die inzwischen ihre Tätigkeit erheblich ausgeweitet hat und zum 1.11.1993 in eine „intergouvernementale“ Kooperationsstruktur im Rahmen des Vertrages von Maastricht überführt wurde.

Der Aufbau zentraler Datenverbünde ist eine wesentliche Komponente der Europol-Planungen, die frühere Initiativen in diesem Bereich fortsetzt: Interpol hat seinen Datenaustausch nach seinem Umzug von Paris nach Lyon von Morsefunk auf EDV, Telefax etc. umgestellt. Und im Rahmen des *Schengener Abkommens* (1985, „Zusatzabkommen“ von 1990) wurde bereits der Aufbau eines zentralen Fahndungssystems beschlossen. Trotz erheblicher Investitionen ist dieses System allerdings bisher aufgrund von technischen Schwierigkeiten nicht einsatzbereit. Europol soll nun sowohl ein zentrales Fahndungssystem im Stil des *Schengener Informationssystem (SIS)* als auch ein Datenetz mit sogenannten „weichen“ Daten, also Verdachtsmomenten u.ä., zur Unterstützung der Ermittlungstätigkeit der spezialisierten Dienststellen in den Nationalstaaten bekommen. Aufgrund der Kritik vieler Datenschutzexperten an der Polizeikooperation enthält die Konvention Bestimmungen für den Datenschutz. Wie immer in sensiblen Bereichen bleiben sie vage.

Polizeiliche Visionen für den weiteren Ausbau

Nicht nur die Parallelen zwischen Europol und dem deutschen BKA, sondern auch Äußerungen von führenden Protagonisten der Polizeikooperation machen deutlich, wohin sich das neue europäische Kriminalamt entwickeln soll: Wie das US-amerikanische FBI soll es mittelfristig eigenständige Fahndungskompetenzen und „operativ“ tätige Ermittler erhalten. Zur zentralen Organisation geheimpolizeilicher Ermittlungsmethoden (V-Leute, optische und akustische Observation) durch das europäische Kriminalamt ist es von dort nicht mehr weit.

Das größte Hindernis für eine eigenständige Ermittlungstätigkeit ist die formelle Bindung der Strafverfolgungstätigkeit an die Justiz: Denn eine europäische Staatsanwaltschaft ist noch lange nicht in Sicht und wird z.Zt. auch von den meisten Mitgliedstaaten genauso wenig gewollt wie ein zentrales europäisches Strafgericht, an das eine solche Staatsanwaltschaft angebunden sein könnte. Als Alternative wird von den Europol-Protagonisten eine europäische Ermittlungsbehörde in Erwägung gezogen, die den bestehenden Gerichten in den Nationalstaaten zurarbeit. Die Verselbständigung des Polizeiapparats gegenüber den Staatsanwaltschaften würde damit weiter voranschreiten.

Polizeiausbau als symbolischer Ersatz für Problemlösungen

Ob sich die immer wieder heraufbeschworenen Gefahren einer zunehmenden internationalen „Organisierten Kriminalität“ tatsächlich durch Europol wirksam eindämmen lassen, bleibt zu bezweifeln. Einerseits ist der Verdacht nicht ausgeräumt, daß die internationale Kriminalität in den letzten Jahren in der öffentlichen Darstellung gezielt aufgebauscht wurde, um ein günstiges Meinungsklima für die Ausweitung von Polizeikompetenzen und -strukturen zu schaffen. Andererseits sind die meisten als Rechtfertigung für diese Ausweitung angeführten Formen von Kriminalität überhaupt nur möglich, weil politische Probleme nicht grundsätzlich, sondern nur an ihren Symptomen bekämpft werden. Beim Drogen- oder Waffenhandel ist dies besonders deutlich.

Die Schaffung neuer Polizeistrukturen wie Europol dient daher nicht zuletzt dazu, dem Wahlpublikum die Handlungsentschlossenheit und -fähigkeit der politischen Klasse zu symbolisieren. Die Kosten sind immens, nicht nur im finanziellen Sinne, sondern auch deshalb, weil die eigentlichen Probleme nicht gelöst werden.

Hartmut Aden ist Jurist und Sozialwissenschaftler und lebt in Hamburg. Er promoviert über die Europäisierung der Polizeipolitik und des Polizeirechts.

Quellen:

- 1 Ausführlich dazu: Beat Leuthardt, *Festung Europa. Asyl, Drogen, „Organisierte Kriminalität“*. Die „Innere Sicherheit“ der 80er und 90er Jahre und ihre Feindbilder, Zürich (Rotpunkt) 1994, S. 13-199;
- 2 Beispiele für diese personalisierte Öffentlichkeitsarbeit: Interviews mit Storbeck in: „FAZ“, 1.4.1993, S. 3; „Das Parlament“, 3./19.12.1993, S. 18; „Öffentliche Sicherheit. Das Magazin des österreichischen Innenministeriums“, Nr. 4/1994, S. 9-12; eines seiner Referate bei internationalen Kolloquien; Jürgen Storbeck, *EUROPOL bis 1996*, in: *Transpol* (Hrsg), *Internationalisierung der Grenzlose Samenwerkung, Lelystad* (Koninklijke Vermande) 1994, S. 77-84;
- 3 Vgl. die offensive Darstellung dieses Vorgehens, z.B. bei Storbeck, *EUROPOL bis 1996*, a.a.O., S. 79;
- 4 Dazu insbes. der sehr kritische Bericht des französischen Senats vom 25.1.1994 (*Rapport Nr. 262*);
- 5 Storbeck-Interview in: „Öffentliche Sicherheit“, a.a.O., S. 11;
- 6 Dazu die sehr pointierte Kritik von Heiner Busch, „Organisierte Kriminalität – Vom Nutzen eines unklaren Begriffs“, in: „Demokratie und Recht“ 1992, S. 374-395.

TERMINE

25.9. Landtagswahlen in Bayern

16.10. Bundestagswahl, Landtagswahl in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland, Kommunalwahlen in NRW

21.10. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln, ab mittag.

22.10. Herbsttagung des Arbeitskreis Politische Berichte in Köln.

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

26./27.11. Jahrestagung – Arbeitskonferenz der Volksfront und a.o. Bundeskongress zur Beschlußfassung über den Satzungsentwurf. Köln, JH K.-Deutz.

5.–8.1.95 Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

– erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümler (über: GNN, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Vor zehn Jahren starb der 1926 geborene Theoretiker Michel Foucault an AIDS. Der Tod durch eine schwere Krankheit sowie Foucaults Bekenntnis zu Homosexualität und Sado-Masochismus, auch sein öffentliches Engagement für verschiedene soziale Bewegungen sind nicht der einzige Grund, warum er schnell zum Medienstar avancierte. Im Gegenteil wurde eher durch die Fixierung auf die biografischen Daten versucht, Foucaults theoretischen Einfluß zu schmälern und seine Philosophie losgelöst von seinem politischen Engagement zu sehen.

Für die einen hat er den Existentialismus — und damit die akademische Position Sartres — abgelöst, für die anderen ist er der Begründer der postmodernen Philosophie. Wieder anderen gilt er als ein Nietzsche unserer Zeit, dann als Begründer einer neuen Aufklärung. Als Etikett seines Denkens rangiert der Begriff „Poststrukturalismus“ und seine Werke heißen in den Untertiteln hier „Archäologie“, dort „Genealogie“. Von Kommunisten wurde er als Faschist beschimpft, Rechte sahen in seiner Theorie die Gefahr, Keimzelle einer Praxis jenseits des Marxismus zu bieten. Seine Theorie schillert von Wandlungen und Experten teilen gern einen frühen, mittleren und späten Foucault. So beginnt der Streit mit Sartre seinerzeit um dessen Formulierung, der Mensch, das Subjekt, sei zur Freiheit verurteilt. Foucault setzt dagegen, daß es keinerlei Freiheit gäbe und ebensowenig ein Subjekt — der „Mensch“ sei eine Erfindung der neuzeitlichen Humanwissenschaften, also von Jurisprudenz, Philosophie und Medizin. Im letztpublizierten Werk, dem dritten Band von *Sexualität und Wahrheit*, entwirft Foucault ganz entgegen zur alten Kritik an Sartre ein „neues“ Subjekt, eine Ästhetik der Existenz des Menschen. Daß mindestens der vierte Band (manche vermuten über zehn fertig geschriebene Bände) abgeschlossen, aber nicht zur Publikation freigegeben ist, gibt der akademischen Philosophie viel Stoff zu hitzigen Spekulationen, als erwarte man die Auflösung eines großen Rätsels. Auch das ist eine Strategie, um die praktisch-politische Theorie zu entpolitisieren und zu re-akademisieren. Daß Foucault seine Schriften einmal als Werkzeugkasten für soziale Bewegungen verstanden wissen wollte und nicht als Sandkasten für Gedankenspielen des universitären Betriebes, wird ausgeklammert.

Was hat es also mit der Philosophie Foucaults auf sich? Was kann sie als Theorie für Menschen bedeuten, die in praktischen sozialen Auseinandersetzungen stehen? In Foucaults Theorie geht es insgesamt um Macht, das heißt ihn interessiert, wann, wie und wo sich Macht in der Gesellschaft ausbreitet. Was heißt hier also Macht? Nietzsche hatte im letzten Jahrhundert gegen den christlich-bürgerlichen Moralanspruch der Mitleidsethik und Nächstenliebe polemisiert, daß eine solche Moral sich nicht aufrechterhalten läßt, weil jeder nur seinen Willen zur Macht verfolgt. Foucault übernimmt diesen Gedanken und wendet ihn strukturalistisch, das heißt: nicht von einzelnen Personen oder Institutionen ausgeübte Herrschaft, also etwa Klassenherrschaft, ist Motor der Geschichte, sondern vielmehr eine unschwellige Machtstruktur, die sich in feinste Verästelungen wie ein Netz über die Gesellschaft legt.

Auch Marx hat solche strukturelle Macht angenommen, indem er von der

Allmacht des Tauschprinzips sprach und betonte, daß es nicht Einzelwillen der Kapitalisten sind, die Not und Unterdrückung mit sich bringen, sondern die ökonomischen Gesetze, schließlich der fetischistische Charakter der Ware. Wie schon Nietzsche die bürgerliche Gesellschaft zwar durchschaute, ihr aber nur ihr radikalisiertes bürgerliches Ebenbild entgegenhielt, den Übermenschen, so ist auch bei Foucault vieles unserer Gesellschaft durchschaut, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen. Um kurz Marx und Foucault gegeneinander zu stellen: nach Marx (und Engels) ist die Geschichte eine von Klassenkämpfen; solche Kämpfe entscheiden darüber, wer über Produktionsmittel und demnach auch über Macht verfügt. Motor dieser Bewegung sind Widersprüche zwischen den Klassen, die durch Produktivkraftentwicklung („industrielle Revolution“) und durch verschärfte Produktionsverhältnisse (neue Formen von Arbeitsteilung) entstehen. Zentral ist der Gedanke eines Primats der ökonomischen Basis, die Formen des gesellschaftlichen Überbaus, also Recht, Staat, Kultur etc., bestimmt. Hier ist philosophisch

Stellung in der Gesellschaft zukommt, ist nicht ganz falsch. Foucault untersucht die Rolle der Sprache und der „Diskurse“ in allen Bereichen der Gesellschaft, in denen Menschen durch Wissenschaft und Sprache ausgeschlossen oder diskriminiert werden. Macht durch Wissen definiert sich etwa nicht nur durch den Inhalt, dadurch *Was ich weiß*, sondern durch die Form, *Wie ich weiß* und *Daß ich weiß*. Solche Macht üben etwa Ärzte über Patienten aus, indem sie eine wissenschaftliche Geheimsprache haben, um zwischen krank und gesund zu unterscheiden. Schließlich ist der ganze Mensch, der heute pervers oder normal, krank oder gesund, erlogen, kriminell, gebildet, genial oder verrückt ist, ein Resultat aus den humanwissenschaftlichen Prozessen der Neuzeit. Ein Wissen über den Menschen verleiht auch Macht über ihn. Und diese Macht verlängert sich auch dort, wo man den Menschen als unterdrücktes Wesen erkennt. Foucault zeigt etwa im ersten Band von *Sexualität und Wahrheit*, daß die von Sigmund Freud erkannte, und dann von Erich Fromm, Wilhelm Reich oder Herbert Marcuse

häuser (die zu Beginn eine gemeinsame Institution waren), sowie Schulen, Erziehungsheime, Arbeitshäuser, Fabriken und Kasernen sind Orte, an denen der Mensch diszipliniert wird, beziehungsweise undisziplinierte Menschen eingeschlossen werden. Die Studie *Wahnsinn und Gesellschaft* über die Entstehung der Psychiatrie, *Die Geburt der Klinik* sowie *Überwachen und Strafen* über die Entstehung des Gefängnisses sind — zum Teil übrigens sehr fesselnd geschriebene — Untersuchungen zu diesem Themenkomplex; ebenso wie die kleineren Aufsätze und Interviewbände Foucaults, in denen seine Theorie oft aus der politischen Praxis erklärt wird, können eine Bereicherung für kritische Gesellschaftstheorie sein, kann das politische Engagement Foucaults allemal ein Beispiel für Eingriffsmöglichkeiten des intellektuellen geben.

Aber man darf nicht übersehen, daß Foucault sich auch ganz bewußt von der kritischen Gesellschaftstheorie des Marxismus distanziert. Foucault erläutert: „Von den Marxisten wird Macht im Kapitalismus der westlichen Welt bloß aus dem Klasseninteresse verkürzt erklärt; aber die Mechanismen der Macht innerhalb der Klassen wurden nie analysiert. Dieses konnte erst nach 1968, also angesichts der alltäglichen Kämpfe der Neuen Sozialen Bewegungen, zwischen denen, deren Kampf in den feinen Maschen des Netzes der Macht seinen Platz hatte. Hier wurde die konkrete Natur der Macht sichtbar ...“ Hier wird nicht nur deutlich, inwiefern Foucault sich auf Nietzsche, statt auf Marx beruft, indem die Macht als Natur angesehen wird, statt als Resultat aus Produktionsverhältnissen. Indem alles Macht ist und nur hier und dort kleine Nischen existieren (die aber auch wie der von Macht durchsetzt sich zeigen) indem das Problem der Macht zum Neutopos wird, verkennet Foucault, daß die Macht der Arbeiterbewegung immer noch eine andere ist als die Macht des Kapitals, daß die bürgerliche Friedensbewegung andere Ziele hat als eine revolutionäre Bewegung etc. Foucault muß dieses verkennen, weil er nach seiner Machttheorie nicht mehr an tiefgreifende soziale Veränderungen glauben kann: Macht macht alle gleich, die Foucaultsche Gesellschaft wird wie bei Nietzsche zum Kampf Aller gegen Aller; das Hobbes'sche Motiv vom Menschen als des Menschen Wolf taucht hier in strukturalistischer Variante auf.

Sowohl in der Theorie Foucaults wie auch in der Mode seiner Philosophie spiegelt sich nicht zuletzt etwas von „linker Frustration“. Von der politischen Situation Frankreichs aus beurteilt, steht auch Foucaults Engagement in Patienten- und Gefangenengruppen immer noch im Schatten etwa zum Engagement Sartres in der kommunistischen Bewegung. Aber vielleicht gelingt es eines Tages, gerade vor dem Hintergrund der politischen Situation Anfang der 70er Jahre, die theoretischen Entwicklungen im Spiegel ihrer Zeit zu betrachten. Was an Foucaults Philosophie produktiv ist, schließt den Marxismus nicht aus. Im Gegenteil sieht die kritische Gesellschaftstheorie des Marxismus selbst entsprechende Machtanalysen vor. Die Theorie vom Fetischcharakter der Ware ist so eine Analyse- und geht sogar über Foucault hinaus, weil ja gerade entlarvt wird, wenn gesellschaftliche Verhältnisse als natürlich erscheinen. — (rob)

„Da man den Marxismus nicht ‚übertreffen‘ kann, schafft man ihn eben ab.“
(Jean Paul Sartre über Michel Foucault)

Was bietet der Poststrukturalismus für eine kritische Theorie der Gesellschaft?

Die Philosophie Michel Foucaults im Rückblick

die Frage nach Geschichtszusammenhängen und Bewußtsein maßgeblich, also Begriffe von Vernunft, Erkenntnis, Fortschritt, wie sie bei Kant und Hegel am weitesten untersucht werden. Marx hat diese philosophischen Fragen materialistisch auf das konkrete gesellschaftliche Sein der Menschen angewandt. Er zeigte, daß nicht die bürgerliche Gesellschaft und der preußische Staat die höchste geschichtliche Form darstellen, in der Gleichheit und Freiheit verwirklicht sind, sondern dies nur durch eine Revolution zur kommunistischen Gesellschaft verwirklicht werden kann, in der die bestehenden Eigentumsverhältnisse aufgehoben sind.

Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Diesen Schritt vom abstrakten Bewußtsein („Freiheit der Gedanken“) zum konkreten Sein („Freiheit als Einsicht in die praktische Notwendigkeit“) konnte die bürgerliche Philosophie nicht mitmachen: sie verschob ihr Interesse von bewußtseinstheoretischen Fragen auf sprachphilosophische Fragen. Das Bewußtsein bestimmt das Sein, aber dieses Bewußtsein ist bestimmt durch unsere Sprache. Zumindest die Einsicht, daß der Sprache eine zentrale

fortentwickelte Theorie von der unterdrückten Sexualität (nach der etwa Homosexualität eine Krankheit ist) aus der wissenschaftlichen Erfindung der Sexualität resultiert. Die Sexualwissenschaften haben den Perversen, die hysterische Frau etc. vom gesunden Sex abgesondert. Der nach Foucault angeblich sexuell unterdrückte Mensch wird öffentlich gezwungen, seinen Sex zu beichten: es wurde eine sexuelle Revolution verkündet, in jeder Talk-Show sitzt ein Sexualexperte, eine Pornodarstellerin, der Homosexuelle wird hier diskriminiert, dort als Exot vorgeführt; auch in der Bevölkerungspolitik, der Familienideologie, der Erziehung wirkt dieses, wie Foucault sagt, „Sexualdispositiv“. Eine medizinisch und juristisch organisierte und disziplinierte Sexualität bringt schließlich den Rassismus hervor, redet von der Reinheit des Blutes und setzt ihre Hauptforschung in der Genetik an.

Ähnlich zu den Arbeiten des Soziologen Norbert Elias entwickelt Foucault die Theorie von Disziplinierungs- und Normierungsmächten, durch die der neuzeitliche Mensch kontrolliert wird. Irrenanstalten, Gefängnisse, Kranken-

Quelle:

1 Foucault, *Truth and Method* (Interview), in: Paul Rabinow (Hg.), *The Foucault Reader*, New York 1984, S. 58 (meine Übersetzung)

Lesehinweise: Die erwähnten Bücher Foucaults sind zumeist im Suhrkamp-

Verlag Frankfurt/M. erschienen. Im Merve Verlag Berlin sind zudem einige Aufsatz- und Interviewbände veröffentlicht.

Einführungen in das Denken Foucaults: Heinrich Fink-Eitel, Foucault

zur Einführung, Hamburg 1989; Urs Marti, Michel Foucault, München 1988.

Als Biografie liegt vor: Didier Eribon, Michel Foucault. Eine Biographie, Frankfurt/M. 1991; James Miller, *The Passion of Michel Foucault*, New York

1993; als biografischer Roman: Hervé Guibert, *Dem Freund, der mir das Leben nicht gerettet hat*, Hamburg 1990.

Empfehlenswert auch: Günther Schwy, *Der französische Strukturalismus Reinbek bei Hamburg 1978*